Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans Marckwald, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz Bethge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobsstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Münzstraße 3, Fernsprecher 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pfg. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk., monatl. 70 Pfg. Bei den Postanstalten 2.25 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfg., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pfg. — Insertionsgebühr die sechsgespaltene Petitzeile 15 Pfg. Post-Zeitungsliste Nr. [illegible]

Nr. 221. Magdeburg, Dienstag den 22. September 1903. **14. Jahrgang.**

Das Ergebnis des Parteitags.

Nicht mit Befriedigung können wir des am Sonntag beendeten Parteitags gedenken; ein Siegesfest, würdig der Erfolge vom 16. und 25. Juni, war die diesjährige Heerschau der deutschen Sozialdemokratie nicht. Nicht daß wir an den gefaßten Beschlüssen allzuviel auszusetzen hätten; im Gegenteil sind wir mit diesen im wesentlichen einverstanden. Aber wir halten den Ton, mit dem die Parteigenossen in Dresden miteinander verkehrten, für einen so unangemessenen, daß selbst die besten Beschlüsse keine Freude an den Verhandlungen des Parteitags erregen könnten. Temperament und Leidenschaft sind an sich vom Standpunkt einer Bewegung, die sich gegen eine Welt von Feinden zu verteidigen hat, keine Laster; aber bei unsern Verhandlungen, die sich gleichsam vor den Augen der gesamten gesitteten Welt abspielen, sollten wir uns doch so viel Selbstbeherrschung auferlegen, daß wir den Gegnern keinen willkommenen Stoff bieten, sich über die in unsern Reihen im Vordertreffen stehenden Personen auf Grund der Angriffe der eignen Genossen lustig zu machen.

Nicht daß wir für unsern Kampf von der Ausnutzung der auf dem Parteitag gefallenen gegenseitigen oft recht derben Kränkungen Furcht haben; jede andre Partei würde zusammenbrechen, wenn sich ihre im Vordergrunde stehenden Anhänger öffentlich gegenseitig derartig behandelten, wie es unsre Genossen in Dresden getan haben. Das deutsche Volk tritt nicht für uns ein, weil es in jedem Sozialdemokraten einen idealen Menschen sieht, sondern weil es weiß, daß die Sozialdemokratie die Interessen der übergroßen Mehrheit des deutschen Volks vertritt. Nichtsdestoweniger ist es wahrlich geziemender, mit Innehaltung der im Verkehr [illegible] Formen die Parteidiskussion zu [illegible] des [illegible]

Was die Literatendebatte anbetrifft, so entspricht wenigstens formell der in dieser Frage gefaßte Beschluß nicht ganz unsern Ansichten. Teilweise erscheint uns die gefaßte Resolution zu scharf, teilweise nicht scharf genug. Wir hatten bereits im März, als der diesbezügliche Beschluß des Parteivorstands bekannt wurde, geschrieben:

> **Wir sind nicht ganz derselben Ansicht, wie der Parteivorstand.** Zunächst halten wir für wenig angebracht, zwischen denjenigen bürgerlichen Blättern, „in denen an der sozialdemokratischen Partei gehässige oder hämische Kritik geübt wird" und andern zu unterscheiden. Die „parteilosen" Zeitungen, diese schlimmsten Brunnenvergifter der öffentlichen Meinung, erschweren unsre Aufklärungsarbeit viel mehr, als das gehässigste Scharfmacherblatt. Daher sind wir der Meinung, daß es stets eine Verletzung der Parteipflicht enthält, wenn ein Sozialdemokrat Redakteur eines bürgerlichen Blattes wird. Daß die bürgerliche Presse besser bezahlt und auch besser bezahlen kann wie die sozialdemokratische, ist bekannt; von jedem Sozialdemokraten ist aber zu verlangen, daß er seine Ueberzeugung über seine wirtschaftlichen Interessen stellt. Sind wir also in dieser Beziehung strenger als der Parteivorstand, so urteilen wir viel milder, wo es sich nicht um Redigierung, sondern um bloße Mitarbeiterschaft handelt. Nicht darauf kommt es an, wo jemand seine Meinung äußert, sondern ob er seine Ueberzeugung vertritt. Warum soll ein sozialdemokratischer Ingenieur nicht z. B. selbst in der konservativen Presse einen Artikel über Gasglühlicht oder die chemische Zusammensetzung des Weißbiers veröffentlichen? Vor allem darf es keinem Sozialdemokraten verwehrt sein, Mitarbeiter und selbst Redakteur eines Diskussionsblattes zu sein. Ein Mann, der seiner Meinung nach Sozialdemokrat ist und einen „parteilosen" General-Anzeiger redigiert, prostituiert sich; wer aber eine Zeitschrift redigiert, in der „neben gehässigen und hämischen Kritiken" unsrer Partei auch Antworten von Sozialdemokraten stehen, kann sich um die Partei sogar ein Verdienst erwerben. Nicht wo man seine Arbeiten drucken läßt, sondern was man schreibt, ist der springende Punkt. Daß derjenige, der die Partei bekämpft — ganz gleich, an welcher Stelle —, nicht als Parteigenosse von uns erachtet werden kann, versteht sich von selbst.

Wir sind durch die Diskussion des Parteitags nur in einer Beziehung darüber belehrt worden, daß unser damaliger, von einem großen Teil unsrer Parteiblätter geteilter Standpunkt nicht ganz korrekt gewesen ist. Unbegreiflich bleibt uns, daß man nach wie vor als Parteigenosse Redakteur eines bürgerlichen Blattes soll werden können, wenn dieses die Partei nicht gerade hämisch oder gehässig angreift. Wir erinnern uns nicht fernstehender Parteigenossen, denen aus einer keineswegs sonderlich beneidenswerten Lage ein wirtschaftlich äußerst günstiger Ausweg eröffnet würde, wenn sie es übers Herz bekämen, sich die vom Parteitag eigentlich gebilligte Moral zu eigen zu machen. Jedes bürgerliche Blatt steht seiner Gesamthaltung nach der Arbeiterklasse feindlich gegenüber und jeder Redakeur einer Zeitung ist für die Gesamthaltung derselben moralisch mitverantwortlich.

Was wir im März über die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern sagten, können wir nur in einer Beziehung einschränken. Genosse Bebel hat nicht nur auf den Parteitag, sondern auch auf uns Eindruck gemacht, wenn er darauf hinwies, daß es jedem proletarischen Klassengefühl widersprechen muß, vom Verlage gewisser Blätter für Mitarbeit Geld zu nehmen, nachdem dieselben Zeitschriften unsre Partei in der gemeinsten Weise verleumdet und beschimpft hatten. Mag der Einzelne sich noch so sehr in einer Zwangslage befinden — auch der Streikbrecher kann eine gewisse Zwangslage für sich geltend machen. — Die Partei hat ein Recht, von ihren Parteigenossen zu verlangen, daß sie ohne Rücksicht auf ihre eignen Interessen Honorare von solchen Leuten ablehnen, welche die Partei verketzern und ihre Ideale in den Kot ziehen. Der Parteitag hätte aber einen Unterschied zwischen bezahlten und unbezahlten Arbeiten in bürgerlichen Blättern machen sollen. Es hätte jeder Anschein vermieden werden müssen, als wenn das Recht der freien Meinungsäußerung beschränkt werden soll. Wir können es als einen Mangel an Ehrgefühl, an Selbstbewußtsein oder Ueberzeugungstreue niemals ansehen, wenn ein Parteigenosse selbst in dem gegen unsre Partei gehässigsten Blatte seine sozialdemokratische Ueberzeugung gegenüber den infamen Angriffen der Redaktion zur Geltung bringt, lediglich um die Leser dieser Zeitung eines Besseren zu belehren, vorausgesetzt, daß er diesen Schritt lediglich aus idealer Begeisterung für die Verbreitung unsrer Weltanschauung tut und keinen Pfennig Honorar für diese Tätigkeit bezieht.

Bezüglich der Frage der Taktik freut uns der gegen elf einsame Menschen angenommene Antrag von Herzen. Diese Resolution war ein Sieg des politischen Radikalismus in der Partei; sie wird unserm weiteren Kampfe zur Richtschnur dienen: Keine Rechnungsträgerei gegenüber den bürgerlichen Parteien! Keine Rücksichtnahme auf die herrschenden Klassen! Kein Abwiegeln, sondern ein dauerndes Aufwiegeln und zwar nicht nur bis zur Erzielung von Reformen, sondern bis zur gründlichen revolutionären Umgestaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung! — Im Sinne dieser Anschauung des zielbewußten Proletariats lag auch das Festhalten an der Maifeier in ihrer bisherigen Form; überall Einigkeit in der Tat!

Wir müssen dem Genossen Bebel, der so viel Beherzigenswertes auf dem Parteitag gesprochen hat, darin entschieden widersprechen, daß wir nie „uneiniger gewesen sind wie jetzt". Wären wir es, die deutsche Arbeiterklasse, welcher in letzter Instanz nach Bebels eignen Worten die Entscheidung über die Köpfe der Führer hinweg zufällt, würde über unsern Zwiespalt zur Tagesordnung übergehen. Die Interessengemeinschaft des Proletariats würde immer wieder, ungeachtet der persönlichen Eigenschaften und Gesinnungen einzelner, die Einheit der Partei erzwingen. Und das ist notwendig, denn nur durch Einigkeit können wir zum Ziel gelangen. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 21. September 1903

„Das ist in unsrer Kompanie so mode".

Ueber einen interessanten Prozeß vor dem Berliner Oberkriegsgericht berichten bürgerliche Blätter:

Im Prozeß Breidenbach wegen Mißhandlung Untergebener wurde gestern die Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht zu Ende geführt. Nach Schluß der Beweisaufnahme führte der Vertreter der Anklage etwa folgendes aus: Von einer einzigen fortgesetzten Handlung bei den Mißhandlungen, wie sie das Divisionsgericht angenommen, könne wohl nicht die Rede sein. Vielmehr müsse eine Einzelzahl der Mißhandlungen angenommen werden, auf welchen Standpunkt sich auch das Oberkriegsgericht gestellt. Der Gerichtsherr habe gegen das Urteil Berufung eingelegt, weil es ihm zu mild erschienen sei. Der Fall Breidenbach habe großes Aufsehen weit über die Grenzen Deutschlands erregt; er wird zweifellos die gesetzgebende Körperschaft beschäftigen. Es hat Aufsehen erregt wegen der unglücklichen Roheit, wegen des tragischen Endes des Mißhandelten und schließlich, er müsse das hier offen aussprechen, wegen der **ungenügenden Aufsicht, die in der Kompanie geherrscht hätte.**

Wie ist es auch sonst möglich gewesen, daß zehn Monate hindurch mißhandelt worden wäre, ohne daß die Vorgesetzten davon gewußt hätten. Es ist ein beschämendes, häßliches Bild, das sich da vor unsern Augen entrollt. Es ist ja wahr, Mißhandlungen werden aus dem Heere niemals verschwinden, aber an uns ist es, systematisch betriebene Mißhandlungen auszurotten. Bedauerlich sei es gewesen, daß niemand der Mißhandelten den Mut hatte, zu melden. Und da treffe die größte Schuld den Feldwebel Bischoff, der den inneren Dienst in der Kompanie zu versehen hatte, und der wissen mußte, daß derartige Mißhandlungen vorgekommen seien. Da heißt es, mit möglichster Strenge gegen solche Soldatenschinder vorzugehen, und das Geschwür aufzustechen. **Ein Menschenleben ist geopfert,** und von dieser Schuld sei der Angeklagte nicht freizusprechen.

Der Vertreter der Anklage stellt fest, daß **15 sehr schwere und über 1000** mittlere und leichtere **Mißhandlungen** vorliegen. Wolle man nun für jeden schweren Fall 6 Monate Gefängnis und für jeden weiteren leichteren Fall drei Wochen Mittelarrest annehmen, so reichte ein ganzes Menschenleben nicht aus, um zu sühnen. Deshalb beantrage er **10 Jahre Gefängnis und Degradation.** Die Berufung des Gerichtsherrn und des Angeklagten sei beiderseitig zu verwerfen. Je härter die Strafe, um so gerechter.

Verteidiger Justizrat von Winterfeld bittet die Richter, sich nicht durch die ungünstige Stimmung, die Presse und Publikum gegen Breidenbach hegen, beeinflussen zu lassen. **„Es rast der See und will sein Opfer haben."** Daß die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag aus dem Fall Breidenbach Kapital schlagen und Anträge stellen will, das darf Sie nicht beeinflussen. Der junge, unerfahrene Unteroffizier befand sich zweifellos in einer schwierigen Lage. Sein Kompaniechef erklärt den Unteroffizieren, wenn sie Vergehen ihrer Untergebenen melden, daß er dies nicht wünsche; sie sollten sich selbst helfen. Da greift der Angeklagte zu dem allerdings verabscheuungswürdigen Gewaltmittel und schlägt seine Untergebenen, indem er sich sagt: **„Ach was, das ist in unsrer Kompanie so mode."** Im übrigen aber bitte ich nach wie vor, den Angeklagten auf seinen Geisteszustand hin untersuchen zu lassen. Hierauf zog sich das Gericht zu einer längeren Beratung zurück. Alsdann verkündete der Beratungsführer das Urteil.

Es lautete auf **acht Jahre Gefängnis und Degradation.** Die Untersuchungshaft wurde bei diesem Strafmaß nicht angerechnet. Die Berufungsrichter sind zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Angeklagte geistig gesund ist, und daß sein Verhalten zum Selbstmord des Höll beigetragen habe. Von den 1207 Fällen des Mißbrauchs der Dienstgewalt erkennt das Berufungsgericht 15 schwere Mißhandlungen an. Als straferschwerend erkennt das Berufungsgericht die unglaubliche Roheit, als strafmildernd die Jugend und den [illegible] des Angeklagten an. Breidenbach, der das Urteil ohne sichtbare Erregung aufnahm, behält sich das Recht einer Revision vor.

Auch dieser abscheuliche Fall beruht auf dem herrschenden Militärsystem. Es ist weit gekommen in unsrer Armee, wenn selbst der Vertreter der Anklage zugeben muß, daß weder der Feldwebel noch der Hauptmann die nötige Ueberwachung ausgeübt haben. Der Verteidiger führte zur Entschuldigung Breidenbachs an, daß dieser durch Aeußerungen seiner Vorgesetzten zu der Ueberzeugung gelangt sei, es wäre angebracht, wenn er seine Untergebenen lieber persönlich gehörig „schleife", als wenn er sie melde. Ein belehrender Milderungsgrund war auch die Aeußerung, daß ein Verhalten à la Breidenbach in der Kompanie „so mode" sei. Ohne daß die Institution der stehenden Heere beseitigt und durch die Volkswehr ersetzt wird, ist es nicht möglich, die Wiederholung solcher erschütternden Vorgänge zu verhindern. 1800 Fälle von Mißhandlungen und ein Menschenleben hat ein einzelner Soldatenschinder auf dem Gewissen; und selbst der behördliche Ankläger erklärt, daß sich solche Fälle wohl niemals „völlig ausrotten lassen". —

Deutschland.

Berlin, 21. September. Der noch ausstehende Rest der Ausführungsbestimmungen zum Reichsseuchengesetz (Pocken, Fleckfieber 2c.) ist, wie wir hören, dem Bundesrat nunmehr zugegangen. —

— Der Stadtverordneten-Versammlung ist eine Vorlage zugegangen über die Aufstellung von acht Pavillons auf dem Gelände an der Olivaer und Thorner Straße zu Schulzwecken. Es ist dies der erste Versuch, der hier mit solchen Baracken zu solchen Zwecken gemacht wird. Die Pavillons — Baracken kann man die freundlich und nett aussehenden Bauten kaum nennen — sollen mit Einschluß der erforderlichen Anlagen rund 190000 Mark kosten. — Eine sonderbare Art, der Schulnot vorzubeugen! —

— **Päpstliche Ehrung für einen Zentrumsabgeordneten.** Der Reichstagsabgeordnete Prof. Dr. Hitze ist vom Papste zum apostolischen Protonotar ernannt worden. Es ist die höchste Ehrenauszeichnung, die einem Priester erteilt zu werden pflegt. Mit ihr ist das Vorrecht verbunden, bei kirchlichen Feierlichkeiten sich der bischöflichen Gewänder zu bedienen. Großartig! —

— **Das Urteil im Laurahütter Krawallprozeß.** Das Urteil lautet nach dem „Vorwärts" folgendermaßen: Sechs Angeklagte werden freigesprochen. Kubik 3 Jahre Gefängnis, Czerner 2 Jahr. 7 Monate, Schulz 2½ Jahre, sieben Angeklagte, darunter Redakteur Wicik vom „Gornoslazak" und Privatschreiber Solik zu je 2 Jahren. Kozlik 1½ Jahre, Zilka, Wowroich gleichfalls. Drei Angeklagte je 15 Monate, drei Jugendliche und der

alte **Korfanty** je 1 Jahr, vier **jugendliche** und drei **erwachsene** Angeklagte je 9 Monate, der 63jährige **Warzecha** 7 Monate, Jugendlicher **Kuzma** 6 Monate, 8 Angeklagte, darunter jugendliche je 3 Monate, der 12jährige **Chudek** 2 Monate, ein Angeklagter 6 Wochen, vier Angeklagte 2 Wochen. Im übrigen Geldstrafen für Uebertretung des Vereinsgesetzes. Woznitza, Solnik, Andreas Korfanty, Wolny, Tarara wurden in Untersuchungshaft genommen. Nach Verkündung des Urteils brach vor dem Gerichtsgebäude ein herzzerbrechendes lautes Jammern der Frauen der Angeklagten aus.

Im ganzen wurden also 44 Jahre 11 Monate und 2 Wochen Gefängnis verhängt, weil sich eine Schar bedauernswerter Leute durch die schon vor Ausbruch jeder Unruhe requirierte Feuerwehr hatte provozieren lassen! Die einzelnen Feuerwehrleute haben in ganz unsinniger Weise den Feuerlärm hervorgerufen. Sie haben gerade dadurch die Leute erbittert, Hunderte von Leuten herangelockt und dadurch die Ausschreitungen hervorgerufen. In dieser Beziehung sind diese Leute mehr schuldig als die Angeklagten. Dazu war doch die Feuerwehr nicht da, den Krawall unnütz zu vergrößern. Diese Aufregung hat sich von der Feuerwehr auf die Menge übertragen.

So war die Aufregung angefacht und vergrößert von einer Seite, welche nicht die der Angeklagten war. — Die jugendlichen Angeklagten, welche so entsetzliche Strafen verbüßen müssen, waren sich der Tragweite ihrer Handlung gar nicht bewußt; sie haben vielleicht Haftstrafe wegen groben Unfugs verdient. Daß sie eine so grausame Gefängnisstrafe bekommen haben, wird das Volk nicht verstehen. —

— **Nötigung und Streikvergehen.** In **Breslau** wurde nach der „Deutsch. Tagesztg." ein Maurergeselle zu nicht weniger als 6 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er einen Kollegen wiederholt zum Beitritt in den Maurerverband eingeladen hatte. Am 29. Juni, einem Montage, erklärte er dem G., daß — wenn dieser nicht bis Sonnabend der Zahlstelle des Verbandes daselbst beigetreten sei — die andern Maurer nicht mehr mit ihm zusammen arbeiten würden und fügte einige Schimpfworte hinzu.

Und darum ein halbes Jahr Gefängnis! Der Bürgermeister von **Barby** aber, der zahlreiche Leute geradezu um ihr Brot gebracht hat, erfreut sich völligster Freiheit. —

Oesterreich-Ungarn.

Zur ungarischen Krise

wird dem „Berl. Tagebl." aus Budapest telegraphiert: Die neuesten Meldungen wollen wissen, daß das offiziöse Kommuniquee nur der Initiative der Regierung entsprungen und der Monarch in keiner Weise geneigt sei, die erwartete Remedur für den Armeebefehl zu geben. Graf Khuen-Hedervary, der bereits gestern beim Kaiser Audienz hatte, wird auch heute wieder empfangen werden, doch bezweifelt man, daß er irgend einen Erfolg erzielen werde. In der liberalen Partei hat die neueste Wendung einen förmlichen Zerfall hervorgerufen, die einzelnen Gruppen sind über ihr Verhalten im Unklaren, sie wollen heute Sonderberatungen abhalten, so daß man befürchtet, daß eine völlige Sprengung der liberalen Partei eintreten wird. —

England.

Weitere Folgen der Regierungskrisis.

Einer Meldung des „Berliner Tageblatt" zufolge sind der Staatssekretär für Irland und der Finanzsekretär **Arthur Elliot** zurückgetreten. Der Rücktritt des Herzogs von Devonshire ist noch nicht erfolgt, jedoch wahrscheinlich. Die liberale Partei organisiert sich angesichts der Möglichkeit einer Kammerauflösung. Campbell Bannerman wird von der Führerschaft zurücktreten und zum Oberhausmitglied ernannt werden. Mit einer eventuellen Bildung eines liberalen Kabinetts soll gegebenen Falles Lord Spencer beauftragt werden, in dessen Kabinett Lord Rosebery das Auswärtige Amt zu übernehmen bereit sein soll. —

Spanien.

Die Erklärung Silvelas,

sich vom politischen Leben zurückzuziehen, macht, nach einem Telegramm des „Berl. Tagebl." aus Madrid, Sensation, da es unter solchen Umständen sehr schwierig sein dürfte, die jetzige Regierungsmajorität zusammenzuhalten. Ministerpräsident Villaverde macht daher energische Anstrengungen, Silvelas Entschluß rückgängig zu machen. Dieser will zwar auf seine Freunde dahin einwirken, das jetzige Kabinett zu unterstützen, erklärt aber, daß sein Entschluß ein unwiderruflicher sei und gibt als Grund an, daß seine [illegible] Politik, die auf eine Allianz mit Frankreich zwecks Zusammengehen in der marokkanischen Frage und demzufolge eine Kräftigung Spaniens zu Wasser und zu Lande hinauslief, anscheinend nicht die Billigung der öffentlichen Meinung und eines Teils der eigenen Partei finde. —

Kleine politische Nachrichten. Mehrere von den türkischen Behörden verfolgte bulgarische Komitatschis haben sich nach **Thessalien** geflüchtet. Die griechische Regierung hat militärische Sicherheitsmaßregeln an der Grenze angeordnet. — Der französische Ministerpräsident beauftragte den Direktor der **Pariser** [illegible], die dort angestellten Klosterschwestern durch weltliche Pflegerinnen zu ersetzen. — Die Vereinigten Staaten [illegible] gegen die Absicht der **Dominikanischen Republik**, [illegible] für neutral zu erklären und einige [illegible] zu [illegible]. — Die Regierung des [illegible] **Kongostaates** hat der englischen Regierung ihre Antwort auf die britische Kongonote zugehen lassen. — Auf Veranlassung des bulgarischen Geschäftsträgers in **Konstantinopel** wurden zahlreiche gefangene Bulgaren in Freiheit gesetzt. — Der russische Gesandte in **Belgrad** erhob energisch Protest bei König Peter wegen der [illegible] auf serbischem Gebiet. —

Sozialdemokratischer Parteitag

(Eigener Bericht für die „Volksstimme".)

hg. **Dresden**, 20. September 1903.

Siebenter Verhandlungstag.

Kaden eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr. Eine Sammlung unter den Delegierten für die **Crimmitschauer Textilarbeiter** hat den Betrag von **450 Mark** ergeben.

Die Debatte über den Punkt

Maifeier

wird fortgesetzt.

Ehrhart-Ludwigshafen:

Tatsache ist, daß nicht alle unsre Hoffnungen, die wir an die Maifeier geknüpft haben, in Erfüllung gegangen sind, andrerseits aber zeigt überall da, wo unsre Organisationen mächtig entfaltet sind, die Maifeier doch einen entschiedener demonstrativen Charakter. Freilich allgemeine Feier verlangen können wir nicht, so lange wir die Unterstützung der eventuell Gemaßregelten den Gewerkschaften überlassen. Redner erklärt sich mit der Resolution des Vorstandes einverstanden.

Krüger-Dresden:

Man hat so viel davon gesprochen, daß man der Massenstimmung Rechnung tragen muß. Das würde nicht geschehen, wenn man an der jetzigen Art der Maifeier, die viel mehr Sache der Gewerkschaften als der Partei ist, etwas ändern wollte.

Busold-Friedberg:

Bei uns auf dem platten Lande ist bis jetzt die Maifeier fast spurlos vorübergegangen. Es muß von oben herab uns ein Flugblatt zur Verfügung gestellt werden, das wir den Arbeitern, die an den Versammlungen nicht teilnehmen können, zustellen.

Gewehr-Elberfeld:

Die Nachricht, daß die Elberfelder Genossen etwas an dem Charakter der Maifeier ändern wollten, stammt wohl aus der trüben Quelle der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung", die leider häufig von der Parteipresse benutzt wird. Wir sind der Meinung, daß sowohl Gewerkschaften wie Partei dafür sorgen sollen, daß die Maifeier vertieft wird. (Bravo!)

Löbe-Breslau:

Im Osten und wohl auch im Westen ist die Maifeier heute durchaus keine Demonstration. Von 90 000 oberschlesischen Arbeitern wissen vielleicht 250 etwas von der Maifeier. Deshalb sind die Breslauer Genossen gegen die Fortführung der bisherigen Art der Maifeier und glauben, die Demonstration würde größer sein, wenn die Versammlungen nur am Abend stattfänden. Wenn es so weiter geht wie bisher, so muß notwendigerweise zwischen der Partei und einem Teile der Gewerkschaften ein ziemlich herber Zwist ausbrechen, und das möchten wir vermeiden.

Ein Schlußantrag wird angenommen, ebenso mit großer Mehrheit die letztjährige Resolution, welche die Arbeitsruhe als die würdigste Maifeier empfiehlt, aber Ausnahmen für zulässig erklärt.

Singer teilt mit, daß die Kontrollkommission **Wengels** und **Erhart** zu Beisitzern des Vorstandes und **Meister** zu ihrem Vorsitzenden gewählt hat. — Mir wird soeben das im Laurahütter Prozeß gefällte Urteil bekannt, es ist ein Beweis für die neueste Form der Milderung der Klassengegensätze. (Sehr gut!) In diesem Prozeß sind 43 Jahre und 1 Monat Gefängnis verhängt worden. (Stürmische Rufe: Pfui! Grausam!)

Diverse Anträge.

Es folgt die Beratung einer größeren Anzahl auf Abänderung des Organisationsstatuts hinzielender Anträge. Sie zerfallen in drei Gruppen. Die erste behandelt die Reglung des Ausschlusses aus der Organisation, die zweite die Vertretung der Fraktion auf dem Parteitag, die dritte Gruppe eine anderweite Vertretung der Wahlkreise auf dem Parteitag unter Zugrundelegung des Proportionalwahlsystems. Auf Antrag **Gewehr**-Elberfeld wird die Angelegenheit **vertagt** und beschlossen, die Kontrollkommission und den Vorstand zu beauftragen, in eine Revision des Organisationsstatuts einzutreten und dem Parteitag einen neuen Entwurf vorzulegen. Alle zur Abänderung des Organisationsstatuts gestellten Anträge sollen dieser Kommission überwiesen werden.

Eine größere Anzahl Anträge die unter anderm Referentenschulen, Propaganda für den Sozialismus unter den vor dem Eintritt in die Armee stehenden Rekruten, Agitation unter den Postbeamten fordern, erlangen nicht die nötige Unterstützung.

Gilsbach-Köln

begründet in längeren Ausführungen einen Antrag rheinischer Organisationen auf Anstellung besonderer Parteisekretäre, die die Agitation in besonders schwierigen Zentrumsgegenden zu leiten hätten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unterstützung leisten.

Nachdem **Kremser**-Düsseldorf sich für den Antrag ausgesprochen und **Auer** ihn bekämpft hat, wird der Antrag **abgelehnt**.

Der Antrag, eine Broschüre, welche die Militärmißhandlungen behandelt, zur Massenverbreitung herauszugeben, wird zurückgezogen. Es wird mitgeteilt, daß eine derartige Broschüre von dem Genossen Rudolf Krafft im Verlage Birk u. Co., München, erscheinen wird.

Angenommen wird der folgende Antrag des 1. nassauischen Kreises, den Wurm warm befürwortet:

„Der Parteivorstand möge alljährlich nach Schluß der Reichstagssession ein Flugblatt herausgeben, worin in gedrängter Form die Tätigkeit des Reichstags sowie die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zu den wichtigsten Gesetzentwürfen wiedergegeben wird. Das Flugblatt ist an die Kreise zum Selbstkostenpreise oder auf Antrag gratis abzugeben.

Ein Antrag **Scharz**-Danzig, der Vorstand möge Mittel zur Beschaffung von Versammlungsräumen besonders in den östlichen Provinzen zur Verfügung stellen, wird, nachdem ihn Pfannkuch als teils überflüssig, teils unausführbar bekämpft hat, abgelehnt.

Pistorius-Magdeburg

bittet um Annahme eines Antrags, der den Parteivorstand verpflichtet, mehr als bisher für die Herausgabe von Jugendliteratur zu tun.

Schulz-Bremen

betont, daß es darauf ankomme, ob sich geeignete Verfasser für gute Jugendschriften in der Partei fänden. Der Parteivorstand könne dafür nichts tun. Sehr empfehlenswert sei das **Verzeichnis der Jugendschriftenkommission** des deutschen Lehrervereins.

Der Antrag wird daraufhin abgelehnt.

Ebenso abgelehnt wird ein Antrag, der die Parteipresse verpflichten will, vor Annoncierung von Arbeitergesuchen Erkundigungen bei den betreffenden Organisationen einzuziehen.

Dr. Friedeberg-Berlin

empfiehlt einen Antrag: **Die Frage des Generalstreiks** auf dem nächsten Parteitag zur Diskussion zu stellen. Selbst Bebel hat zugegeben, daß wir in den 40 Jahren der parlamentarischen Tätigkeit nur Konzessiönchen erreicht haben. Daher ist eine Erweiterung unsrer Taktik in der Richtung der Vorberatung des Generalstreiks nach meiner Ansicht wohl am Platze. Ich bin überzeugt, daß die sächsische Bourgeoisie es nicht gewagt hätte, den Arbeitern das Wahlrecht zu rauben, wenn man ihr mit dem Generalstreik hätte drohen können und ebenso meine ich, wäre die Propagierung dieser Idee ein wesentliches Mittel, um uns gegen einen eventuellen Angriff auf das Reichstagswahlrecht zu schützen. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Legien-Kiel:

Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Man könnte fragen, warum sollen wir die Sache nicht mal erörtern, ich meine aber, daß eine solche Erörterung für unsre Partei von prinzipieller Bedeutung wäre. Wir haben früher auf den internationalen Kongressen erklärt, daß die Frage des Generalstreiks für uns in Deutschland überhaupt nicht existiert. (Sehr richtig!) Ich meine, die Frage sollte erst dann erörtert werden, wenn wir die genügende Organisation für den Generalstreik haben. (Sehr richtig!) Wir haben ganz andre Mittel zur Organisation der Massen, als die Idee des Generalstreiks. Ich glaube sagen, daß eine solche Idee, an deren Durchführung wir vielleicht selbst nicht mit voller Ueberzeugung glauben, uns bei der Organisation der Massen mehr eher gefährlich als nützlich werden könnte. (Sehr richtig!) Wir brauchen die Frage des Generalstreiks ebensowenig zu diskutieren wie etwa die Frage wie eine Revolution durchzuführen wäre, die nach meiner Ansicht kommen wird, allerdings von oben herab. Daß uns der Generalstreik vor der Beseitigung des Wahlrechts schützen könnte, glaube ich ebensowenig. Diesen Schritt werden die herrschenden Klassen deshalb nicht wagen, weil in demselben Moment der Bestand des Deutschen Reiches erschüttert wäre. (Sehr richtig!)

Ledebour

ist gegen den Antrag Friedeberg. Die Erörterung dieser Frage ist für uns nicht nötig, so gefährlich. Jetzt darüber zu reden, was wir im Falle eines Angriffs auf das allgemeine Wahlrecht tun oder lassen würden, wäre sehr töricht. (Zustimmung.)

Der Antrag Friedeberg wird abgelehnt.

Singer verliest ein Schreiben der Genossin Frau **Lily Braun**, in welchem sie gegen die von Bebel gegen sie gebrauchten Ausdrücke und Beleidigungen protestiert und ankündigt, daß sie die Angelegenheit vor ein Schiedsgericht bringen wird.

Ledebour-Berlin

protestiert in einer Zuschrift gegen den von Frau Rosa Luxemburg in bezug auf die Revisionskommission der Posener Genossen gebrauchten Ausdruck „Stänker". Die Mitteilung, daß die „Gazeta Ludowa" nur 37 Abonnenten habe, habe er für seine Parteipflicht gehalten.

Damit sind die Arbeiten des Parteitags beendet.

Schmalfeldt-Bremen

dankt dem Präsidium für die umsichtige und taktvolle Leitung der Geschäfte und den Delegierten, daß sie Bremen als Ort für den nächsten Parteitag gewählt habe. Er hofft, daß auf diesem Parteitag die praktischen Aufgaben der Partei den ausschließlichen Verhandlungsgegenstand bilden werden.

Singer:

Ich habe zunächst dem Genossen Schmalfeld zu danken für die freundlichen Worte der Anerkennung, die er für die Führung der Geschäfte an das Bureau gerichtet hat. Ich möchte ferner namens des Parteitages den Dresdner Genossen danken, die uns in unsern Verhandlungen unterstützt und in den Vorbereitungen und den Arrangements ihr Bestes geleistet haben. Die Dresdner Genossen haben dafür gesorgt, daß in diesen schweren Tagen der Arbeit, soweit das möglich war, auch der Humor, wie sie ihn in der prächtigen Festschrift entwickelt haben, zu seinem Rechte kam. Ich weiß, daß wir alle mit dem Gefühl des Dankes von hier scheiden. (Zustimmung.) Weiter spreche ich den Genossen, die in den Kommissionen gearbeitet und sich deshalb einer Anzahl wichtiger Verhandlungen entziehen mußten, den Dank des Parteitages aus.

Genossen! Ich habe jetzt zum 14. Male seit Aufhebung des Sozialistengesetzes den Vorzug und die Ehre, an dieser Stelle ein Resumee der Arbeiten unsers Parteitages zu geben. Wir haben in diesen 14 Jahren fast auf jedem Parteitag Fragen von großer Wichtigkeit diskutiert; wir haben sie in der uns eignen Art und Weise diskutiert, aber da ich zu denen gehöre, die nichts leugnen, nichts vertuschen wollen, so würde ich es nicht für richtig halten, wenn wir nicht auch am Schlusse dieses Parteitages uns selbst das Zeugnis ausstellten, daß wir unsre Verhandlungen mit Offenheit, teilweise mit Rücksichtslosigkeit geführt haben. Indes, Genossen, in dieser Art, wie wir diskutieren, in der, wie wir uns gegenseitig nichts verschweigen, in der Art, wie wir deutlich und offen zu einander reden, liegt unsre Stärke. (Beifall.) In keiner Partei würde es möglich sein, die Leidenschaften so aufeinander platzen zu lassen, wie in der unsrigen; wir können das, weil wir wissen, daß, wenn auch leidenschaftliche Aeußerungen fallen, diese doch immer hervorgehen aus der flammenden Begeisterung, die in jedem vorhanden ist, der für die Ziele der Sozialdemokratie kämpft. (Lebhafter Beifall.) Wenn daher — ich möchte das im voraus sagen — etwa unsre Gegner die Hoffnung hegen wollten, daß nun die Partei in ihrem Vorwärtsmarschieren irgendwie gehemmt und geschädigt sein sollte, so werden sie erleben, daß sie im Irrtum sind. Es ist ja ein förmliches Sehnen in der bürgerlichen Presse, endlich den Tag herankommen zu sehen, an dem durch die rücksichtslose Austragung solcher Meinungsverschiedenheiten die herzlichsten Wünsche der Gegner erfüllt werden. Man lasse es sich gesagt sein allüberall, was auch die Sozialdemokratie unter sich und mit sich auskämpft, in bezug auf den Kampf mit den Gegnern ist die Partei geschlossen, wie sie es von jeher war. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben auf diesem Parteitag Fragen von fundamentaler Wichtigkeit verhandelt. Schon in der Diskussion ist ausgeführt worden, daß es sich nicht um persönliche Reibereien, nicht um persönliches Gezänk handelte, wenn es auch äußerlich so schien. (Sehr richtig!) Will man die Verhandlungen richtig beurteilen, dann darf man sich nicht darauf beschränken, die persönlichen Erscheinungen zu betrachten, sondern man muß dazu übergehen, die Sache selbst zu untersuchen, und dann wird man zu der Ueberzeugung kommen, daß das, was als persönlich angesehen wird, notwendig war, daß es gegeben war durch den Umstand, daß wir über Fragen verhandelt haben, die für die Partei von fundamentalster Bedeutung waren. (Zustimmung.) Unsre Verhandlungen haben gezeigt, was die Partei will. Es ist die Frage aufgeworfen: Was nun? Der Parteitag hat die Antwort darauf gegeben. Der Parteitag und die durch den Parteitag vertretene Partei will in ihrer immensen Majorität, daß Programm, Taktik, Streben und Agitieren der Partei nicht geändert werden soll. (Lebhafte Zustimmung.) Die Massen in der Partei stehen nach wie vor auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes, dessen Ziele die Befreiung des Proletariats aus dem Druck, aus dem Elend der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist. (Lebhafte Zustimmung.) Das haben unsre Beschlüsse gezeitigt, das haben unsre Beschlüsse offen vor aller Welt dargetan, und ich habe die Ueberzeugung, daß diese Beschlüsse, wenn man sie loslöst von den äußeren Erscheinungen, die sich daran geknüpft haben, als dem Interesse der Partei entsprechend, als den Willen der Partei bekundend, als die Richtschnur der Partei auf den weiteren Vormarsch angesehen werden. Deshalb sage ich Ihnen: Abgesehen von den Dingen, die ich berührt habe, wir dürfen zufrieden sein mit dem Ergebnis dieses Parteitages. (Sehr richtig!) Wir dürfen zufrieden sein damit, daß sich so glänzend dokumentiert hat der Wille der Partei, daß wir nicht diplomatisieren wollen, daß wir in unsrer Partei keine Staatsmännelei haben wollen (Sehr richtig!), sondern daß wir entschlossen sind, den geraden Weg weiter zu gehen, den Weg, der dazu führen wird, unter Niederwerfung aller Gegner unser großes Ziel zu erreichen. (Stürmischer Beifall.)

Wir stehen vor schweren Aufgaben, wir haben die schweren Pflichten der praktischen Arbeit zu erfüllen, sei es die praktische Arbeit der Agitation im Volke, sei es die praktische Arbeit in den Vertretungskörpern in Reich, Staat und Gemeinde. Diese praktische Arbeit wird die Aufmerksamkeit aller, die an diesen Posten gestellt sind, in Anspruch nehmen, sie wird aber erleichtert werden durch die hier gefaßten Beschlüsse. Die Parteigenossen in den Vertretungskörpern aller Art werden sich diese Beschlüsse zur Richtschnur nehmen und dafür sorgen, daß ihre Arbeit getragen wird von den prinzipiellen Grundsätzen der Partei; sie werden den Willen der Partei zur Geltung bringen.

Ich brauche Sie nicht an den Ernst der politischen Situation zu erinnern. Ich vermeide es selbstverständlich, in diesem Moment auf einzelne Fragen einzugehen. Aber, was auch die Zeiten bringen werden, die Sozialdemokratie wird, stolz und ruhig wie bisher, gestützt auf ihre Grundsätze, den Weg weiter wandeln, den sie für den richtigen hält. Sie wird alle ihr zu Gebote stehenden Mittel ergreifen, um den Ansturm der Reaktionäre abzuwehren durch ein Massenaufgebot des Volkes. Immer und immer wieder muß den herrschenden Klassen klar gemacht werden, wie die Masse des Volkes, wie die Arbeiterscharen über die politische und wirtschaftliche Entrechtung denken. Es muß ihnen klar gemacht werden, daß wir in einer Zeit leben, in der die Millionen von Arbeitern sich nicht mehr entrechten lassen. (Lebhafter Beifall.) Und nun Genossen, die andern Aufgaben, denen wir entgegengehen, sie werden ja in einer sich anschließenden Konferenz vorbereitet werden. In dem größten und in einem andern großen Bundesstaat werden in ganz kurzer Zeit die Landtagswahlen stattfinden. Die sächsischen und die preußischen Genossen werden unter voller Aufrechterhaltung ihrer Grundsätze, entsprechend den wiederholten Beschlüssen der Partei, in den bevorstehenden Kämpfen ihre volle Schuldigkeit tun. Diese Kämpfe sind wesentlich propagandistischer Art; sie werden den Erfolg haben, daß wir das erreichen, was wir wollen. Namentlich wird dadurch die Beseitigung des unerhörten Zustandes erleichtert werden, daß es in Deutschland noch Parlamente gibt, von denen die Arbeiter infolge des Dreiklassenwahlsystems ferngehalten sind. Auch hier muß die Stimme der Massen machtvoll ertönen. (Beifall.)

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 221. Magdeburg, Dienstag den 22. September 1903. 14. Jahrgang.

Sozialdemokratischer Parteitag

(Eigner Bericht für die „Volksstimme".)

bg. Dresden, 19. September 1903.

Sechster Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung und verliest eine Zuschrift des Dr. Bruno Borchardt-Charlottenburg über die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern. Dr. Borchardt erklärt, daß er sich der Erklärung Bernhards, Göhres und Frau Brauns, die Mitarbeiterschaft in der „Zukunft" einzustellen, nicht anschließen könne, da der Grund für seinen Artikel in der „Zukunft" nicht in dem zu erwartenden Honorar, sondern in der Empörung zu suchen sei, die er über den ungerechtfertigten Bevormundungsversuch des Parteivorstandes empfunden habe. Sein Verhalten könne auch keine Veränderung erfahren, weil der Parteitag sich den Vorstandsbeschluß zu eigen gemacht habe.

Singer schlägt vor, heute auf jeden Fall mit der Taktik-Debatte zu Ende zu kommen, morgen Sonntag weiter zu tagen, spätestens aber Montag den Parteitag zu schließen. Anschließend soll auch spätestens Montag die Landeskonferenz stattfinden.

Die Debatte über den Punkt

Taktik

wird fortgesetzt.

Karl Kautsky

wendet sich zunächst in einigen persönlichen Bemerkungen gegen Vollmar, der, um ihn als Parteipapst hinstellen zu können, nicht korrekt zitiert habe. Er habe nie die Kritik verboten, sondern nur den Wunsch ausgesprochen, man möge die Selbstkritik etwas reduzieren; er habe auch keine absolute Einheitlichkeit verlangt, sondern nur eine Auflehnung gegen die Einheitlichkeit nach französischem Muster bekämpft. Nun hat Vollmar hier ein Gerücht erwähnt. Daß auf einem Parteitage, der so erregt ist, Gerüchte umherschwirren, ist natürlich. Merkwürdig ist nur, daß nur die revisionistische Seite von diesen Gerüchten Gebrauch macht. (Sehr gut! Ruf: Ja, ja, Ihr seid die unschuldigen Lämmer!) Nach diesem Gerücht sollte beabsichtigt sein, gegen einzelne Personen auf diesem Parteitag vorzugehen. Das ist nicht wahr. Es handelt sich bei unsrer Resolution nicht um Personen, sondern wir wollten dem Parteitag Gelegenheit geben, sich nach einer bestimmten sachlichen Richtung auszusprechen, und dies Recht lassen wir uns nicht nehmen. Wir sind der Meinung, daß es zwei Tendenzen in der Partei gibt, die in stetigem Gegensatz zu einander stehen. Der „Vorwärts", Vollmar und Auer haben das bestritten. Wenn sie aber recht hätten, wenn eigentlich keine Gegensätze bestünden, dann würde der Parteitag durch die stattgehabten Debatten auf das tiefste degradiert sein. (Sehr richtig!) Wenn diese ganze Aufregung nichts ist als der Ausfluß persönlichen Hasses, dann ist dieser Parteitag dazu verurteilt, einer der niederdrückendsten zu sein, die wir jemals erlebt haben. (Sehr wahr!) Ich meine aber, dieser Parteitag wird dadurch gehoben, daß diese Leidenschaft nicht der Ausdruck persönlichen Hasses, sondern der Ausdruck des heißen Wunsches ist, dem Proletariat zu helfen, das Proletariat zu befreien. Deswegen ist diese Leidenschaft eine edle. (Beifall.)

Genosse Kolb hat vollkommen richtig ausgesprochen, wo der Unterschied zwischen den Richtungen liegt, es ist der Gegensatz zwischen der Zusammenbruchs- und der Evolutionstheorie. Unsre bisherige Taktik ging dahin, daß wir immer rücksichtslos vorwärts drängten, die herrschenden Klassen immer mehr gegen uns erbitterten, ihnen mehr Klassen spitzt sich immer mehr zu, so daß [illegible] wo es die große Entscheidungsschlacht gilt und wir gezwungen sind, die Gegner niederzuwerfen. Aber es gibt eine Reihe von Genossen, denen vor diesem Zustand graut, die um die Konflikte herumkommen wollen. Wenn das möglich wäre, wir alle würden es begrüßen, ist es aber in der Natur der Tatsachen begründet, daß die Klassengegensätze sich immer mehr zuspitzen, dann ist es eine Torheit, darum herumkommen zu wollen. Spitzen die Klassengegensätze sich nicht zu, dann allerdings wäre es angebracht, klug, vorsichtig und taktvoll vorzugehen. Die Frage der Taktik hängt aber aufs engste mit der theoretischen Frage zusammen, ob die Klassengegensätze sich zuspitzen. Die Richtung der Partei, welche an diese Verschärfung der Gegensätze nicht glaubt, hat Ursache, das Programm zu revidieren, daher der Name Revisionismus. Zwischen diesen beiden in der Partei stehenden Tendenzen soll durch die Resolution entschieden werden. Bereits in Hannover legten wir eine ähnliche Resolution vor, damals aber zeigte sich das sonderbare Schauspiel, daß die Bernsteinianer ebenfalls erklärten, für die Resolution stimmen zu können. Später motivierten sie dann ihre Abstimmung damit, daß die Resolution nicht von dem Programm, sondern nur von den gemeinsamen Grundsätzen spreche.

Die Notwendigkeit einer Aenderung des Programms habe auch Bebel anerkannt. Bernstein selbst aber hatte sich in seiner Zuschrift an den Parteitag mit der ursprünglichen Resolution, die das Wort Programm enthielt, einverstanden erklärt. (Hört, hört!) Nur meinte er, er könne der Resolution „mit dem üblichen Körnchen Salz" zustimmen. Ein merkwürdiges Körnchen Salz, das erlaubt, sowohl für als gegen das Programm zu stimmen. Das scheint mir derselbe Stoff zu sein, mit dem im Leibe man zwar nicht Helena in jedem Weibe, aber in Deutschland eine Republik sieht. (Sehr gut!) Um ähnliche Auslegungen für diesmal zu vermeiden, möchte ich erläutern, auf welche Punkte sich diejenigen festlegen, die für die Resolution stimmen. Vor allem handelt es sich darum, daß die Hauptsache für uns die Eroberung der Staatsgewalt ist. Erst wenn wir diese haben, haben wir die Grundlage, um in den Sozialismus hinein uns zu entwickeln. Kolb sagte, wir müssen die Bourgeoisie zwingen, die Staatsgewalt mit uns zu teilen. Zwingen kann ich doch nur jemand, dessen Herr ich bin. Wenn wir aber die Macht haben, die Bourgeoisie zu zwingen, dann brauchen wir nicht mehr mit ihr zu teilen, dann nehmen wir ihr die Macht. (Lebhafter Beifall.) Wenn wir mit der Bourgeoisie teilen wollen, dann müssen wir sie überzeugen, daß es in ihrem Vorteil liegt, mit uns zu teilen. Wer glaubt, daß dies auf andre Weise zu erreichen ist, ist ein Illusionär und Phantast, wenn er auch noch so sehr meint, Realpolitiker zu sein. (Lebhafter Beifall.)

Wer den Revisionismus kennen lernen will, muß in Frankreich den Millerandismus und in England den Fabianismus studieren. Alle Revisionisten haben sich für Millerand erklärt. Auer sagte, ich hätte mich mit einer Rede auf dem internationalen Kongreß über Millerand einverstanden erklärt. In meiner Resolution wollte ich mich prinzipiell gegen Millerand erklären, stellte aber den Fall nur als einen ausnahmsweisen Fehler hin, um die Einigung der Partei in Frankreich nicht zu erschweren. (Zuruf: Das war Opportunismus!) Während ich aber von einem Ausnahmefall in der Resolution sprach, sagte Auer: Ich hoffe, daß wir möglichst bald auch in Deutschland so weit sein werden! (Hört, hört!) Das war der springende Punkt in seiner Rede. (Bebel: Sehr wahr!) Die Möglichkeit der Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung ist ja auch von Bernstein öfters vertreten worden. Bernstein hat ausgeführt, daß wenn wir eine gerechte Wahlkreiseinteilung hätten, eine Regierung gegen die Linke sich nicht mehr bilden ließe. Da nun aber die Sozialdemokratie selbst bei der gerechtesten Wahlkreiseinteilung höchstens 125 Mandate gewinnen könnte, so hat Bernstein ganz offenbar an ein Zusammengehen mit den Freisinnigen und Nationalliberalen gedacht. (Widerspruch Bernsteins.)

Vollmar hat es so hingestellt, als sei ich von wütendstem Haß gegen Bernstein erfüllt. Ich konstatiere, daß ich erst Monate nach seinen letzten Veröffentlichungen zu denselben Stellung genommen habe, als ein längeres Schweigen als Feigheit ausgelegt werden mußte. Mein Groll, den ich etwa hegte, ist längst verschwunden, seitdem ich gesehen habe, wie Bernstein von seinen eignen Freunden behandelt wird, so daß man wirklich Mitleid mit ihm haben könnte. Wenn ich mich öfters gerade gegen ihn wenden mußte, so deshalb, weil er die Gewohnheit hat, aus der Schule des Revisionismus zu plaudern; der Knabe Ede fängt ja bereits an, dem Revisionismus fürchterlich zu werden. (Sehr [illegible] gesprochen, wir müßten eine [illegible] den. (Hört, hört!) Er hat klar und deutlich die Forderung aufgestellt, daß wir uns mit dem radikalen Bürgertum zur Erkämpfung von Reformen verbinden müßten. (Sehr richtig!)

Bernstein hat sich gegen meine Pariser Resolution ausgesprochen, von seinem Standpunkt mit vollem Recht, denn er empfand richtig, daß sie den Impossibilisten viel mehr gab, als sie ihnen nahm. Bernstein weist auf den Eintritt Burts in das englische Ministerium hin. Burt gehört zu den Politikern, die schon Marx gebraudmarkt hat, die sich dem Liberalismus mit Haut und Haaren verkauft haben. (Widerspruch Bernsteins.) Der Fall des Eintretens in ein Ministerium ist bei uns noch nicht praktisch; aber nicht weil die Revisionisten nicht wollen, sondern nur, weil die Gegner bis jetzt keine Miene machen weil die Gegner dem guten Willen noch nicht die offene Hand bieten. Die Revisionisten wollen neue Bahnen einschlagen. (Widerspruch Bernsteins.) Du willst doch das Programm ändern. (Südekum ruft: Das will doch Bebel auch!) Ja, aber nur den Wortlaut, nicht den Inhalt. Die Folge des Strebens nach neuen Bahnen in der Praxis führt zu den Entgleisungen bis zur Hofgängerei. (Beifall.) Entgleisungen müssen erfolgen, wenn jemand der Ansicht ist, daß die Bewegung alles, das Endziel nichts ist. Die Revisionisten wollen auch die Klassengegensätze vertuschen. Bernstein ist der Meinung, daß die Klasse der Wohlhabenden größer wird, er sagt, daß die Formen der Klassengegensätze mildere Formen annehmen. Wo sind diese milderen Formen? Die Obstruktion bei den Zollkämpfen? Das Löbtauer Urteil? Der Crimmitschauer Streik? (Lebhafter Beifall.) Deshalb haben wir unsre Resolution so formuliert, wie wir sie gestellt haben. Wir wollen die Partei auf gewisse Punkte festlegen. Wenn die Revisionisten wieder unterschreiben, dann gut, wir wollen keinen Zwiespalt; aber nach ihrem bisherigen Verhalten können sie unsre Resolution nicht unterschreiben, wenn sie nicht, wie Bernstein in Hannover das berühmte Körnchen Salz nehmen. (Beifall.) Redner wendet sich gegen Bernstein, der die Kolonialpolitik in gewissem Sinne als berechtigt anerkennt, ihr nur widerstrebt weil die Regierung unser Vertrauen nicht hat. Die Resolution spricht sich grundsätzlich gegen jede Kolonialpolitik aus. Wer der Ansicht Bernsteins ist, kann ihr nicht zustimmen. Ich wünsche auch, daß die Resolution nur von denen angenommen wird, die ihr aufrichtig zustimmen. (Sehr gut!) Natürlich wünsche ich ihr eine möglichst große Mehrheit, denn dann wird die Einigkeit in der Partei gestärkt werden, dann wird es dazu kommen, daß den Revisionisten ihre ganze Revidiererei bald leid wird. (Beifall.) Mit einem Hinweis auf die Wahl-Junischlacht und den großen Sieg der Partei schließt der Redner unter stürmischem Beifall der großen Mehrheit des Parteitages.

Bernstein:

Wir können Kautsky dankbar sein, daß er die Diskussion auf das prinzipielle Gebiet geleitet hat. Ich war von Anfang an entschlossen, gegen die Resolution zu stimmen, ich bin Revisionist, ich bin sogar Bernsteinianer. (Große Heiterkeit.) Was ist Revisionismus? Schon in Breslau hat Schönlank von einer Revisionsbedürftigkeit unsrer Grundsätze gesprochen. Es handelt sich nicht um Revision des Sozialismus, sondern einzelner Probleme des Sozialismus. Es gibt sehr viele kritische Geister in der Partei, die die verschiedensten Richtungen repräsentieren. Die kritischen Geister sind eben stets schwerer zusammenzuhalten, als die dogmatischen. Das sieht man auch an dem Gegensatz zwischen der katholischen und protestantischen Kirche. Die letztere ist weit weniger einheitlich. Ich habe mich nie als der Theoretiker der Auer, Vollmar usw. hingestellt. Daher ist es keine Desavouierung, kein Fußtritt, wenn die Revisionisten sich nicht mit allem einverstanden erklären, was ich verfechte. Es gibt auch keine revisionistische Partei. Die Revisionisten stehen mir auch nicht etwa persönlich näher als andre Parteigenossen. Ich habe in diesem Sommer nicht Vollmar in München, wohl aber Bebel in Zürich aufgesucht. Also von einer Verschwörung einer bestimmten Gruppe kann nicht die Rede sein.

Meine revisionistische Aufgabe liegt auf dem Gebiet der Theorie, nicht auf dem der Praxis, (Sehr richtig!) auf diesem nur so weit, als die Praxis durch die Theorie beeinflußt wird. Es ist richtig, daß ich das Programm nicht anerkannte. In allen politischen und wirtschaftlichen Forderungen bin ich vollkommen mit dem Programm einverstanden. Was ich kritisiert habe, sind die ersten fünf, etwa noch der sechste Absatz des theoretischen Teils unsres Programms. Der [illegible] gramms statuiert die Forderungen der Demokratie, [illegible] habe ich meine Anschauungen nicht revidiert, ich habe sie auch stets in der Praxis vertreten. Die Demokratie erstreckt sich auch auf die großen Fragen der Staatsverfassung. Als die Reden in Essen und Breslau gehalten waren, sollte eine Gegendemonstration in Breslau veranstaltet werden und ich habe dort zu den Kaiserreden Stellung genommen. Die Breslauer Genossen werden mir bestätigen, daß ich nicht den geringsten Zweifel gelassen habe über unsre Stellung zu den Verfassungsfragen. Es kommt doch nicht bloß auf die Theorie, sondern vor allem auf die praktische Tätigkeit an. (Sehr richtig!) In dieser habe ich die Prinzipien der Partei stets vertreten. Im Wahlkampf trat mir drei Tage vor der Wahl in Görlitz ein Nationalsozialer entgegen und interpellierte mich über meine Stellung zur Monarchie, zum Endziel und zum Militarismus.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Der Prinzipienreiter.

Eine Geschichte aus dem Jahre 1848 von Wilhelm Blos.

(50. Fortsetzung.)

Zuletzt strömte die ganze Menge von selbst dem Schlosse zu.

Auch dort war alles menschenleer; der Fürst war verschwunden und die ganze Bewohnerschaft des Schlosses, Höflinge, Hofdamen, Kammerherren, Kammerdiener, Zofen, Lakaien, Leibjäger — alles war bis zum letzten Küchenjungen entflohen. Die loyalen Elemente unter der Bürgerwehr wollten zusammenstehen, um das Schloß zu bewachen, denn der gut bürgerliche Revolutionär ist im Jahre 1848 bekanntlich um nichts eifriger bemüht gewesen, als das Eigentum seiner angestammten Herren vor Schaden zu behüten. Aber hier waren die Bauern, die sich in Masse in das Schloß eindrängten und die sich ihnen entgegenstellenden Bürgerwehrmänner einfach über den Haufen warfen. Die Menge ergoß sich in die weiten Räume des Palastes. Man staunte die Pracht an; auf den fürstlichen Diwans dehnten sich behäbig die Bauern.

„Wir wollen auch einmal weich sitzen," sagten sie, „denn das Geld dafür haben wir beschaffen müssen."

Gestohlen wurde nichts, denn man war nach berühmten Mustern so vorsichtig gewesen, an die Fassade des Schlosses mit großen Buchstaben anzuschreiben „National-Eigentum". Infolgedessen wurde auch nichts zerstört, und die Bauern beschränkten sich darauf, zu bewundern, daß man aus ihrer Haut hatte so viele Riemen schneiden können.

Inzwischen versammelten sich in einem zu ebener Erde gelegenen Saale des Schlosses die Führer der Demokratie, um über die Lage zu beraten. Die ganze öffentliche Gewalt war diesen Männern in den Schoß gefallen, aber sie zitterten davor, diese nun auch richtig zu handhaben. Gevatter Schneider und Handschuhmacher hatten in Versammlungen und am Biertisch unzählige Male den Sturz des Tyrannen angekündigt. Nun war er erfolgt und die guten Bürger zitterten, als ob dem Lande gräßliches Unheil widerfahren wäre.

„Was soll nun aus dem Lande werden?" sagte bekümmert der dicke Bäcker und Bürgerwehrhauptmann Mausig.

„Ja, es ist schlimm, wenn ein Landesvater seine Landeskinder so verläßt, spottete der Weber Müller, „Das müßte als Hochverrat bestraft werden."

„Ihr Kommunisten wollt natürlich die Republik," schrie der Bäckermeister. „Wir aber wollen Ordnung und nicht Anarchie!"

Bei dem Worte Republik drängten sich die guten Bürger wie eine Herde Schafe zusammen, denen der Leithammel aus dem Gesichtskreis entschwunden ist.

„Nur keine Anarchie!" wimmerte es im Chor. Müller lachte aus vollem Halse.

„Sollen wir nicht eine Deputation an den Fürsten schicken und ihn bitten, daß er wieder kommt?" meinte Mausig.

„Das wird das Beste sein," antwortete ein Schneidermeister.

„Ja ja, das wird das Beste sein," hieß es von allen Seiten, während der „Kommunist" Müller die ratlosen Demokraten mit Blicken ansah, von denen man nicht wußte, ob sie Mitleid oder Verachtung bedeuten sollten.

Jetzt trat auch Thiel ein, der oben eine schwarzrotgoldene Fahne auf dem Altan aufgepflanzt und die Bauern ermahnt hatte, keine Exzesse zu begehen. Dem jungen Führer wandten sich die hilfeflehenden Blicke der guten Bürger zu; er trug jedenfalls das Geheimnis der Lage in seinem Kopfe und wußte Rat.

Mausig teilte ihm mit, daß man eine Deputation an den Fürsten senden wolle.

„Unter gar keinen Umständen," sagte Thiel entschieden. „Wir müssen einen Sicherheitsausschuß aus den angesehensten Bürgern der Stadt bilden, der provisorisch die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten in die Hand nimmt."

Bei dem Worte „provisorisch" sanken einige Bürger auf ihren Stühlen rückwärts, wie wenn sie in Ohnmacht zu fallen drohten.

„Provisorische Regierung," stotterte Mausig, „das ist, das ist — —"

„Republik!" kreischte der Schneidermeister und ließ die Arme schlaff am Leibe herunterfallen. Die andern schraken zusammen, wie wenn sie ein elektrischer Schlag getroffen hätte.

Thiel verlor indessen seine Ruhe nicht.

„Nennen Sie das Ding, wie Sie wollen," sprach er, „Tatsache bleibt, daß der Fürst und der Minister fort sind und das Land ohne Regierung ist. Wir erwerben uns ein Verdienst, wenn wir die öffentliche Sicherheit aufrechterhalten."

„Und die Ordnung," stöhnte Mausig.

„Meinetwegen auch die Ordnung, wenn Sie dies beruhigen kann," fuhr Thiel fort. „Dann senden wir eine Deputation an die Nationalversammlung in Frankfurt. Diese soll zwei Kommissare aus ihrer Mitte ernennen, welche die definitive Regelung unsrer Landesangelegenheiten vorzunehmen haben."

Die Spießbürger atmeten auf und gaben seufzend ihre Zustimmung. Sieben Bürger, darunter Thiel, konstituierten sich als Sicherheitsausschuß; Thiel ward zum Präsidenten ernannt.

Vom Altan herab ward dies dem Volke verkündigt, das die Nachricht mit Jubel aufnahm; nur die „besseren" Bürger sahen scheu und finster drein und taten, als ob sie die Sache nicht recht verstanden hätten.

Der Sicherheitsausschuß trat sogleich zusammen und Thiel schlug vor, sofort eine Musterung über die Bürgerwehr zu halten, das Volk mit Waffen zu versehen und den brotlosen Arbeitern wieder Arbeit zuzuweisen.

Der Bürgerwehrhauptmann Mausig erhob sich, um seine Mannschaft zu sammeln, als die Tür heftig aufgerissen wurde und des Hauptmanns Ehegemahl hereinstürzte.

Sie war eine stattliche Erscheinung, die Frau Bäckermeister Mausig, wohl an die zweihundertfünfzig Pfund schwer, mit blühenden Wangen und funkelnden Augen. Sie war im Hauskleid, in der Schürze und mit aufgekrempelten Aermeln. Wie sie da unter der Tür stand, die nackten fleischigen Arme in die mächtigen Hüften gestemmt, und wie sich ihr funkelnder Blick zürnend und strafend auf den Bürgerwehrhauptmann richtete, da erging es diesem wie so manchen homerischen Helden, ihm erzitterten Herz und Knie.

(Fortsetzung folgt.)

Auch da habe ich klar und deutlich erklärt, daß die Sozialdemokratie selbstverständlich als demokratische Partei ihrem Wesen nach nicht monarchisch sein kann. Mit meiner Forderung der Vizepräsidentschaft habe ich also nicht daran gedacht, zu verlangen, daß wir irgend etwas von unsern republikanischen Grundsätzen preisgeben sollten.

Mein Vorschlag zur Vizepräsidentenfrage ist nur aus den Erfahrungen des praktischen Kampfes bei mir entstanden, hat mit meinen theoretischen Ansichten gar nichts zu tun. Die Zollkämpfe waren für uns eine faktische Niederlage, beigebracht uns durch brutale Gewalt. (Ledebour: Aber moralischer Sieg!) Gewiß ein moralischer Sieg. Wenn ich von milderen Formen der Klassengegensätze sprach, so ist das Entscheidende für mich: Wir haben Kämpfe im Parlament, aber nicht blutige Kämpfe auf der Straße. Die Niederlage im Zollkampf hat auf mich einen tiefen Eindruck gemacht wie die Tatsache, daß man in Sachsen dem Proletariat das Wahlrecht genommen hat, ohne daß etwas erfolgt ist. In der Fraktion hat man vielfach bedauert, daß wir keinen Sitz im Präsidium hatten. (Ledebour: Wer hat das gesagt?) Ich nenne keine Namen. Es haben es ja auch andre gesagt. Parvus z. B. Er hat auch seinen Galgen bekommen. Er hängt am revolutionären, ich am opportunistischen Galgen. (Heiterkeit.) Der große Wahlerfolg hat uns entschädigt für die durch Gewalt uns beigebrachte Niederlage, immer werden solche Aktionen im Parlament nicht von Wahlen begleitet. Ich soll ungeschickt gewesen sein. Ich gebe zu, wenn ich gewußt hätte, daß die Frage der Vizepräsidentschaft schon in der Fraktion 1898 zu Kämpfen geführt hat, hätte ich sie nicht angeschnitten. Was Kautsky über die Defensive beim Wahlrecht gesagt hat, ist Opportunismus. Aber Kautsky hat vielleicht nicht unrecht. Wer weiß, was kommt. Bebel ist sehr rosiger Stimmung vom Gesichtspunkt des nun bald hereinbrechenden großen Generalkrachs. Es kann auch anders kommen. Es kann zu Ueberrumpelungen im Parlament kommen. Sie wissen, ich habe zum Studium der Frage des Generalstreiks aufgefordert, ich der Erzopportunist, eben weil wir vor parlamentarischen Gewaltstreichen nicht sicher sind. Aus derselben Erwägung bin ich für die Besitzergreifung von Parlamentsmacht eingetreten. Man kann über den Wert des Einflusses zweierlei Meinung sein, aber ich frage Dich, Bebel: würdest Du, wenn Du den Wert des Vizepräsidiums hoch taxierst, nicht Formalien in Kauf nehmen? (Bebel: Ich darf Dir ja nicht antworten, das erlaubt der Präsident nicht. Große Heiterkeit.) Schon, daß Du Dich der Abstimmung enthältst, zeigt mir, daß die Frage nicht zweifelsohne verneint werden kann. Redner führt unter Widerspruch eines großen Teils der Delegierten aus, daß innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft die Interessen auch gegenüber der Sozialdemokratie verschieden sind, daß es auch bürgerliche Gruppen gibt, die sich nicht aus idealen, sondern aus materiellen Gründen der Arbeiterschaft freundlicher gegenüberstellen. Das seien Entwickelungstatsachen, die man nicht übersehen dürfe. Wir täuschen uns selbst über die Entwicklung, wenn wir immer mit so einheitlichen Begriffen wie Bourgeoisie operieren.

Mein Vorschlag soll auf maßloser Ueberschätzung des Parlamentarismus beruhen. Diese Redensart hat nun wahrhaftig das Schwabenalter überschritten und ist dadurch nicht klüger geworden. Wir hätten niemals den großen Einfluß auf das deutsche Volk erreicht, wenn wir uns nicht in der Frage des Parlamentarismus von Stufe zu Stufe gemausert hätten. Früher sprach man von dem Sumpf des Parlamentarismus. Besonders die Berliner Parteigenossen haben sich wie überhaupt in der theoretischen Entwicklung der Partei so auch in dieser Frage als die Allerkonservativsten gezeigt. Noch 1886 erschien den Berliner Genossen die Beteiligung an den Kommissionen sehr überflüssig. Die Erfahrung hat gezeigt, daß diese Ansicht grundfalsch war, daß die Beteiligung an der Kommissionsarbeit absolut keinen Schaden für den proletarischen Charakter der Partei gehabt hat. Immer tiefer sind wir in den sogenannten Sumpf des Parlamentarismus hineingesunken, und immer stärker hat sich während dieser Zeit die Partei — es sei mir der Ausdruck gestattet — emporgesumpft. Würden wir eine rein negierende Partei, so müßten sich die Gewerkschaften an die bürgerlichen Parteien anschließen. (Hört, hört!) Durch unsern Parlamentarismus sind wir nicht weniger radikal geworden. Ist das Kind etwa radikaler als der Mann, weil es nach dem Mond greift? (Sehr gut!) Der Mann greift nicht nach dem Mond, aber er zwingt die Elemente immer stärker in seine Dienste. — Aus diesen Gründen halte ich meinen Vorschlag aufrecht. Ich wäre ein Feigling, wollte ich ihn aufgeben, nur weil sich eine Strömung dagegen geltend macht. Bebel hat nun gesagt, mein Vorschlag habe einen Sturm der Entrüstung unter den Arbeitern erregt. Ich glaube doch, daß diese Erregung weniger durch meinen Artikel veranlaßt worden ist, als durch die Art, wie die bürgerliche Presse die Sache ausnutzte. Dafür kann man aber doch mich nicht verantwortlich machen. Den Vorwurf, ich hätte aus Sensationslust meinen Artikel geschrieben, weise ich auf das entschiedenste zurück. Man hat mir sogar unterstellt, ich hätte unsern Sieg bedauert, weil er auf Kosten der Liberalen errungen sei. Davon kann natürlich keine Rede sein; aber andererseits hat noch auf dem letzten Parteitag Bebel selbst eine wirklich liberale Partei als Puffer zwischen der äußersten Rechten und Linken für durchaus wünschenswert erklärt. Wenn ich das gesagt hätte, wäre es der reinste Opportunismus. (Sehr richtig! Bebel ruft: Wenn zwei dasselbe tun, ist es eben nicht dasselbe! Heiterkeit.) Parvus hat dasselbe gesagt, wie ich. Du hast ihn aber doch gehaßt. (Bebel: Nein, er ist selber gehängt! Heiterkeit.) — Was den Sturm in den Arbeiterkreisen anlangt, so habe ich ganz andre Erfahrungen gemacht. Ich sprach in dem sehr radikalen Berlin in einer gut besuchten Versammlung über das Vizepräsidentenamt, man hat aber die Frage dort sehr ruhig [illegible] und für eine Zweckmäßigkeitsfrage erklärt. Uebrigens, wenn selbst eine allgemeine Erregung geherrscht hätte, so würde ich doch meinen Standpunkt vertreten haben, wenn ich ihn für den richtigen gehalten hätte. Ich bin nicht der Ansicht wie Bebel, daß man jeder Stimmung der Masse nachgeben muß. Die durch das Vertrauen der Genossen zu Führern gewählten Genossen haben vielmehr die Pflicht, nach ihrer festen Ueberzeugung die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen und wenn sie es für nötig halten, auch einer augenblicklichen Stimmung entgegenzutreten. Ich erinnere daran, daß, als es sich um die Frage der Konsumvereine handelte, die Hamburger Genossen dem Genossen [illegible] sehr dankbar waren, daß er [illegible] eine gegenteilige Meinung [illegible] ausgesprochen hatte. — Nehmen Sie nun die Resolution an oder nicht, ich bin fest überzeugt, wenn eine Situation kommt, wo es um realen [illegible] für die Partei [illegible], keine Resolution [illegible] [illegible], dann wird der erste, der bereit ist, die Resolution mit Füßen zu treten, Bebel sein. (Sehr richtig!) Wenn man durch solche Resolutionen selbst die Tür vor der Nase zuschlagen, [illegible] gezwungen sind, durch ein Hintertürchen wieder hereinzukommen. [illegible] Sagt, wir wollen es heute nicht, aber nehmt nicht Resolutionen an, durch die ihr den Gegnern, die uns den Besen nicht [illegible] wollen, noch den Grund der Weigerung selbst auf Händen entgegentragt. — Man hat wieder vom Lob der Gegner gesprochen. Ich stelle nur fest, daß vom Grafen [illegible] bis zur [illegible] ich wegen dieses Artikels nicht gelobt worden bin, sondern nur von den [illegible] bürgerlich-demokratischen Blättern. Wie sehr Euch doch die Bürgerlichen [illegible] und dann [illegible] das Gegenteil [illegible] der Gegner. (Sehr gut!)

Was die Meinungsfreiheit innerhalb der Partei anlangt, so bin ich mit Kautsky der Meinung, daß sie gewisse Grenzen haben muß. Die Grenze besteht aber nicht in den Meinungen über den Gang der zukünftigen Entwicklung, da muß volle Meinungsfreiheit herrschen. Begrenzt muß die Meinungsfreiheit werden, wenn sie die fundamentalen Grundsätze der Partei bekämpft. Zur Mitarbeiterfrage habe ich nicht Stellung genommen, da ich die jetzigen Verhältnisse nicht genau kenne. Aber prinzipiell stehe ich auf dem Standpunkt, daß wenn [illegible] persönliche Interessen bekämpft werden, der Streit in ein [illegible] Parteiorgan [illegible]. Eine starke Partei kann durch Mißbräuche, die die prinzipielle Kontroverse einmal notwendig machen, nicht gefährdet werden. [illegible]

staatssekretär geworden im Einverständnis mit seinen Organisationen. Marx hat sich oft in Personen geirrt. Das Wort „Lumpenkerl" trifft auf Burt nicht zu. Wenn er auch kein Sozialdemokrat ist, er hat im Burenkrieg mit uns Stellung genommen, es liegen ihm Arbeiterinteressen so am Herzen wie uns. Bebel hat einmal gesagt, John Burns sei tot, das war ebenso unrichtig. Man hatte Bebel etwas aufgebunden. Engels hat noch kurz vor seinem Tode erklärt, an Burns ist mehr gesündigt worden, als er gesündigt hat. Man mag die Ansichten Burns' kritisieren, aber man werfe nicht mit Schmutz auf ihn. (Vollmar: Sehr richtig!) Kautsky hat mir den Brief an Auer vorgeworfen, in dem ich ihm schrieb, ich könnte der Resolution von Hannover mit einem Körnchen Salz zustimmen. Es war ein Privatbrief an Auer, nicht zur Veröffentlichung bestimmt. In dem Briefe steht aber auch, daß ich, wenn ich in Hannover gewesen wäre, gegen die Resolution gestimmt haben würde. Ich scheue keinen Konflikt, wenn ich ihn für notwendig halte. Aber es gibt Situationen, in denen man Konflikte vermeidet, und wenn Kautsky dagegen so wettert, so sage ich ihm: In unsre Arme, Bruderherz! (Heiterkeit.) Auch Du willst dem Konflikt in der Wahlkreisfrage ausweichen. Kautsky hat meine Stellung zur Kolonialpolitik angegriffen. Wir würden aber doch allen geschichtlichen Tatsachen ins Gesicht schlagen, wenn wir uns grundsätzlich und ganz allgemein gegen jede Kolonialpolitik wenden wollten. Denken Sie doch an die Kolonisation von Amerika. Ich verwerfe jede Kolonialpolitik einer Regierung, zu der ich kein Vertrauen habe, aber wo kolonisiert wird nach unsern Grundsätzen kann ich prinzipiell nicht dagegen sein. Eine Abschwächung unsrer Grundsätze habe ich nie befürwortet. Dieser Vorwurf trifft mich nicht. Die Resolution widerspricht meiner Ueberzeugung, ich halte sie auch sonst nicht für klug. Gerade die Scharfmacher unter unsern Gegnern werden sich über ihre Annahme freuen. (Vollmar: Sehr richtig!) Es ist auch gar kein Anlaß für die Resolution vorhanden, sie ist aus einer Stimmung heraus geboren. Ein Mißtrauen aber gegen einzelne Gruppen in der Partei ist völlig unberechtigt. Machen Sie also aus dieser unberechtigten Mißtrauensstimmung keine Festlegung, es kann der Partei nur schädlich und verderblich sein. Eine gewisse Strömung soll an die Wand gedrückt werden. Weiter hat die Sache wirklich keinen Zweck. Glaubt Ihr, daß Resolutionen eine solche Macht haben? Wie oft haben wir nicht in der allgemeinen Gesetzgebung die Gesetzgebung nach Stimmungen verurteilt. Gerade vor 25 Jahren ist ein solches Gesetz aus der Stimmung heraus gemacht worden, das wir auf das schärfste bekämpft haben. Wir haben Schulter an Schulter gekämpft, wir gehen einer neuen, schweren Zeit, die uns wieder Schulter an Schulter finden muß, entgegen. Ich bitte Sie, die Resolution zurückzuziehen (Lachen), nun ja, ich weiß ja, daß Ihr es nicht tun werdet, aber meiner Ueberzeugung nach wäre es das beste, die Resolution zurückzuziehen, damit wir gemeinsam als Kampfgenossen unsre große Sache zum Siege führen können. (Beifall und Zischen.)

Hierauf werden die Verhandlungen **vertagt**.

In einer persönlichen Bemerkung erklärt

Kautsky: Er habe bisher nicht gewußt, daß Auer in Hannover Bernsteins Brief ohne dessen Wissen vorgelesen habe. Die Erklärung Bernsteins, er hätte auch gegen die Resolution gestimmt, freue ihn, sie habe ihn von dem Verdacht der Feigheit in jenem Falle, in dem er Bernstein bisher gehabt, befreit.

Es wird eine Erklärung der Berliner Delegierten verlesen, worin dieselben erklären, sich in ihrer Gesamtheit niemals für die Notwendigkeit einer Aenderung in der Zusammensetzung des Vorstandes ausgesprochen zu haben.

Hoffmann- und **Täterow**-Berlin erklären, daß sie es für ihre Pflicht hielten, ohne Rücksicht auf die Person und etwaige Verdächtigungen sich über den Punkt Vorstandswahl, der auf dem Parteitag nicht diskutiert würde, vorher mit den Delegierten zu verständigen.

Es tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte über die Taktik wird abgelehnt.

Molkenbuhr-Hamburg:

Er wolle es sich versagen, auf die angreifbaren Punkte in der Bernsteinschen Rede einzugehen. Er möchte ihm nur sagen, er solle sich einmal in die Zeit seiner Redakteurschaft am „Sozialdemokrat" versetzen und sich ausmalen, wie er damals über die heute von ihm gehaltene Rede geschrieben haben würde. In der Partei dächten noch weite Kreise so wie er vor 15 Jahren und daraus erkläre sich die Mißstimmung gegen ihn, die so großen Umfang angenommen habe. Bernstein habe erzählt, er habe den Artikel geschrieben, weil in den „Monatsheften" ein solcher über die Reichstagswahlen stehen mußte. Er hatte also wohl nicht viel Zeit. Und es ist immer so, wenn man schnell an eine heikle Frage herangeht, so fällt einem zuerst immer das allerdümmste ein, was zu so einer heiklen Frage überhaupt zu sagen ist. (Zustimmung, Heiterkeit.) Bernstein hat die Bedeutung des Vizepräsidenten bedeutend überschätzt. Nach der Geschäftsordnung gibt es nur einen Präsidenten, die Vizepräsidenten sind nur seine Vertreter. Er kann ihnen sofort jederzeit die Amtsführung aus der Hand nehmen. Das von Bernstein gewählte Beispiel Büsing ist ganz unglücklich. Büsing hat, obwohl er mit der Kardorfferei nicht einverstanden war, als Vizepräsident die Kardorfferei mitmachen müssen. Einem Vizepräsidenten aus unsern Reihen würde sofort vom Grafen Ballestrem die Glocke aus der Hand genommen worden sein, wenn er die Kardorfferei nicht mitgemacht hätte. Glaubt Bernstein, daß unser Vizepräsident sich dazu hergegeben hätte, die Kardorfferei mitzumachen? Sicherlich nicht, aber die Mehrheit wollte die Kardorfferei und hätte den Vizepräsidenten von seiner Stelle niedergerissen. Singer, der Vorsitzende der Geschäftsordnungskommission, warf aber mit Recht den Leuten das Präsidium vor die Füße, weil er mit dem Bruch der Geschäftsordnung nichts zu tun haben wollte. (Sehr richtig!) — Bei der Vizepräsidentenfrage handelt es sich um einen alten Plunder, der zerstört werden muß. Es ist nicht richtig, daß ein Recht darauf besteht, daß die drei größten Parteien im Präsidium vertreten sein müssen. Dieses Recht ist noch nie in der Tat verwirklicht worden. (Sehr richtig!) Häufig haben die Nationalliberalen den Präsidenten und ersten Vizepräsidenten für sich in Anspruch genommen, manchmal sind sie, trotzdem sie die stärkste Partei waren, gar nicht im Präsidium vertreten gewesen. Bei der Besetzung der Präsidentenstellen ist ein ganz andrer Grundsatz maßgebend gewesen. Jeder Präsident, der in tiefgehenden Gegensatz mit der Mehrheit des Hauses gerät, muß sein Amt niederlegen, so ist es seinerzeit dem Nationalliberalen v. Stauffenberg gegangen, wenn er auch seinen Rücktritt mit Gesundheitsrücksichten — getreu den verlogenen Prinzipien der bürgerlichen Diplomatie — entschuldigte. In dem Kartellreichstag von 1887 lehnte das Zentrum, gegen das sich das Kartell richtete, die Teilnahme am Präsidium ab. So sollten doch wir so viel Taktgefühl besitzen, nicht einen Mann aus unsern Reihen zu bestimmen, regelmäßig etwas als angenommen zu verkünden, wogegen er stimmen muß. Die Frage der Escarpins usw. scheidet ganz aus, wir können nur einen Präsidenten von Gnaden der Mehrheit haben, und an diese werden wir nicht appellieren, am allerwenigsten jetzt, wo wir stärker geworden sind. (Sehr richtig!)

Ich bin genötigt, auf einige Aeußerungen Bebels einzugehen, die meiner Meinung nach etwas bedenklicher Natur waren. Bebel sagte, er überlege sich alles sehr genau, was er schreibe. Das scheint doch nicht immer der Fall zu sein. Als ich das Wort vom Komödienspiel in der Presse las, war es mir, als ob ich eine Ohrfeige bekäme und zwar eine ganz unerwartete. Als ich zuletzt mit Bebel in Elberfeld zusammen war, kam mir ein Plakat, wonach der hauptsächlich in [illegible] kommende Gegner einen Vortrag ankündigte mit dem Thema „Das Komödienspiel innerhalb der Sozialdemokratie". (Heiterkeit.) Als Bebel das las, war er ganz aufgebracht über eine solche freche Beschimpfung (Hört, hört! Bewegung) und meinte, dem solle ich aber einmal gründlich die Wahrheit sagen. (Große Heiterkeit.) Aus diesem Vorgang werden Sie verstehen, daß das Wort vom Komödienspiel innerhalb der Sozialdemokratie aus Bebels Munde auf mich einen ganz merkwürdigen Eindruck machen mußte. Ebenso entschieden muß ich die Behauptung Bebels bestreiten, wir wären nie so uneinig gewesen, wie gerade jetzt. Dieser Ausdruck hat mich ein wenig in Erstaunen gesetzt. Er ist ja nicht neu. Bebel selbst hat genau denselben Ausdruck bereits einmal in St. Gallen gebraucht. (Hört, hört!) Streitigkeiten über die Taktik hat es ja stets gegeben. 1876 wurde der erste Beschluß auf dem Gebiete der Taktik gefaßt, veranlaßt durch eine Abstimmung des Genossen Bebel im Plenum, als die Genossen von Ottensen verlangten, die Fraktion solle ständig geschlossen stimmen. 1877 waren dann sehr scharfe prinzipielle Gegensätze vorhanden. Engels hatte seinen Anti-Dühring geschrieben, da eben Dühring eine große Anhängerschaft hatte. Damals tat Bebel die Aeußerung, er freue sich, daß wir nicht mehr so stark seien wie bisher. Es sei gut, daß wir von den 24, die parlamenteln wollten, bis auf 12 zurückgegangen seien. (Hört, hört!) Dadurch sei der revolutionäre Sinn mehr gewahrt. Damals standen die Ultraradikalen denen unter Max Kayser und Hasenclever gegenüber. In Halle kam dann der Streit mit den Jungen und in Erfurt der Kampf nach zwei Fronten, gegen die Jungen und gegen Vollmar, in Breslau der Kampf um das Agrarprogramm, wo Bebel dann einmal auf dem revisionistischen Standpunkt stand (Heiterkeit), ebenso wie er in Hamburg den Berliner Genossen in der Frage der Landtagswahlen zu wenig revolutionär war. — Nun ist die Frage aufgeworfen: was und wer sind denn eigentlich die Revisionisten? Ich sage, so viel Material uns die Genossen, die sich Revisionisten nennen, auch immer zur Diskussion geliefert haben, so war doch die Partei noch nie so einig wie jetzt. (Sehr wahr!) Wäre das nicht so, wie wäre dann der einmütige Protest gegen den Brotwucher, wie wäre der glänzende Sieg vom 16. Juni möglich gewesen. (Lebhafte Zustimmung.) Gerade weil wir so einig und geschlossen waren, wie noch nie zuvor, rief das Hineinwerfen einer neuen Streitfrage eine solche Erregung hervor, gerade weil sonst jede Streitfrage fehlte, wurde der Knochen, der hingeworfen wurde, von allen Seiten gepackt. Die sogenannten Revisionisten, das sind ja die ewigen Projektenmacher. Und als nun Bernstein gleich nach dem Wahlkampf, der in voller Einigkeit durchgefochten war, wieder mit einem neuen Projekt kam, da richtete sich die allgemeine Empörung gegen ihn. Man empfand instinktiv, daß die Durchführung seines Vorschlags eine vollständige Revision unsrer Grundsätze bedeutete. Man verstand, daß wir uns zu Bedienten der untersten Diener — das sind in Mecklenburg die „Hof"gänger" — herabwürdigten, wenn sein Vorschlag durchgeführt würde. (Bebel: Sehr richtig!)

Die Möglichkeit, daß wir zu Hofe gehen, ist ja im übrigen schon nach der heutigen Geschäftsordnung durchaus nicht ausgeschlossen. Wenn dem Kaiser eine Adresse des Reichstags übermittelt werden soll, dann werden nach der Geschäftsordnung die Mitglieder der Deputation durch das Los bestimmt. Es kann also wohl vorkommen, daß ein Sozialdemokrat gezwungen wird, zu Hofe zu gehen. Der Reichstag könnte ja einmal das Bedürfnis fühlen, in Form einer Adresse einer Aeußerung des Kaisers zu widersprechen — ich erinnere an das Wort des Kaisers bei der Ablehnung der Bismarckehrung — und fiele das Los auch auf einen Sozialdemokraten, so könnte er sich doch in einem solchen Falle nicht drücken. Ferner glaube ich auch, daß wir sehr wohl in die Lage kommen können, das Präsidium zu übernehmen, und zwar ehe wir die Majorität erlangen. Es ist doch nicht unmöglich, daß die Junker die Regierung in eine solche Klemme treiben, daß diese von den Großindustriellen gezwungen wird, mit der agrarischen Politik zu brechen und daß Neuwahlen auf Grund eines vorgelegten industriefreundlichen Handelsvertrags stattfänden, die eine Mehrheit für diese Verträge ergäben. Dann würden selbstverständlich die Ballestrem und Stolberg nicht auf ihren Sitzen bleiben, sondern wir würden aller Wahrscheinlichkeit nach das Präsidium übernehmen, wenn auch nur so lange bis die Handelsverträge angenommen sind. Wir wären dann gezwungen, die Rolle einer Regierungspartei zu spielen. Ich erinnere nur an den russischen Handelsvertrag, damals waren wir die einzige Partei, welche geschlossen für die Regierung eintrat. (Sehr richtig! Südekum: Ueberhaupt Caprivische Handelsverträge!)

Derartige Situationen können kommen und daher ist es nicht richtig, eine solche Resolution vorzuschlagen, wie es geschehen ist. Den ersten Satz der Resolution verwerfe ich deshalb, weil wir unsre Taktik nur von unserm eignen Willen, aber nicht von den Entschließungen andrer abhängig machen dürfen. (Sehr gut!) Hier wird unsre Entschließung von der Gestaltung der Geschäftsordnung abhängig gemacht. Sind wir denn Herrn über die Geschäftsordnung. Und was steht nicht alles in der jetzigen Geschäftsordnung. Der Präsident und seine Vertreter sollen danach die Vertretung des Reichstags nach außen übernehmen. Anmeldung der Wahlen beim Kaiser, Teilnahme an Kaisers Geburtstag, an Ministersoireen, alles das galt bisher bereits als Vertretung nach außen. Die Mehrheit kann diesen Begriff ja auch noch besonders deklarieren, sie kann in die Geschäftsordnung hineinsetzen, daß bei allen Hoffesten die Vorschriften des Hofmarschallamts zu befolgen sind. So würden wir uns also durch diese Resolution abhängig machen von den Beschlüssen der Junker und den Befehlen des Hofmarschallamts. (Sehr gut! Heiterkeit.)

Es ist übrigens nicht richtig, wie Bebel sagte, daß der Beschluß, für das Invalidenversicherungsgesetz zu stimmen, nur mit 14 gegen 13 Stimmen gefaßt ist. Diese erste Aenderung unsrer Taktik wurde mit großer Mehrheit beschlossen. Es ist auch nicht richtig, daß bei den Streitigkeiten in der Fraktion die Revisionisten immer auf der einen, die Antirevisionisten auf der andern Seite gestanden haben. So liegt die Sache gar nicht. — Da war häufig rechter Hand linker Hand alles vertauscht. — Ich halte die ganze Resolution für überflüssig. (Sehr gut!) Wir geben nur den Revisionisten Wasser auf ihre Mühlen, wenn wir anerkennen wollten, daß unsre alte Taktik, unter der wir den großen Sieg errungen haben, geändert werden müßte. Gehen wir zur motivierten Tagesordnung über, indem wir einfach erklären: wir lehnen es ab, die bisherige Taktik der Partei zu ändern, die uns zu so gewaltigen Erfolgen geführt, und wie ich glaube, auch weiter führen wird. (Lebhafter Beifall.)

Die Delegierten Rosa Luxemburg, Klara Zetkin und Stadthagen beantragen, der Resolution am Schluß hinzuzufügen: „Die Hauptaufgabe der Partei muß die Agitation draußen im Lande sein, um das gewaltige Wachstum der Partei in die Breite durch eine Vertiefung der neugewonnenen Kräfte zu ergänzen.

Die Diskussion wird geschlossen.

Zur Geschäftsordnung erklärt **Bebel** im Namen der Verfasser der Resolution, daß sie das Amendement Wurm (Ablehnung aller Mittel, die geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten und Ablehnung, Anteil an der Regierungsgewalt zu erstreben) akzeptieren, dagegen es ablehnten, auf Antrag Legien, die Worte revisionistisch zu streichen.

Persönlich bemerkt **Bebel**: Der Redakteur des „Vorwärts" habe sich verletzt gefühlt durch Bemerkungen, die er in seiner Rede über die „Vorwärts"-Redaktion gemacht habe. Er gebe zu, daß sich Eisner verletzt fühlen konnte, betone aber, daß es ihm fern gelegen habe, dem Genossen Eisner verbieten zu wollen, im „Vorwärts" seine Ansichten über taktische oder programmatische Parteifragen zu sagen. Redner macht dann längere Ausführungen gegen Bemerkungen v. Vollmars. Die Frage der von den Bayern beliebten Wahlrechtstaktik habe er im Interesse der bayrischen Genossen selbst in München nicht angeschnitten. Auer der jetzt seine Briefe beiseite lege, habe hier einen Brief von ihm, den er vor 30 Jahren geschrieben habe, produziert. Der Brief sei geschrieben auf Grund von unzulänglichen Informationen und Gerüchten. Der Brief war aber kein Kassiber, sondern ist durch die Hände der Gefängnisverwaltung gegangen.

Heine bemerkt gegenüber Kautsky, daß er sich vielfach und in entscheidenden Punkten öffentlich schon vor Jahren mit Bernsteinschen Ansichten in Gegensatz gestellt habe. Er führt eine Anzahl Stellen aus früheren Artikeln an, aus denen er beweisen will, daß der in der Resolution gekennzeichnete Revisionismus überhaupt nicht existiert.

v. **Vollmar**-München wendet sich gegen Kautsky, der sich gewundert habe, daß er die Resolution annehmen wolle. Er erkläre, die Auslegung der Resolution durch Kautsky gehe ihn nichts an, er halte sich allein an den Wortlaut.

Kurt Eisner, Redakteur, erklärt, er habe auch heute die Ausführungen Bebels nicht völlig verstanden, er wisse nicht, ob Bebel seinen Einfluß in der „Vorwärts"-Redaktion beschränken wolle, ob er ihm ein gewisses Mißtrauen habe aussprechen wollen. Er könne sich

deshalb mit der heutigen Erklärung Bebels nicht zufrieden geben. Eine Klärung der Angelegenheit müsse nunmehr durch Anrufung der zuständigen Instanzen erfolgen.

Bebel erwidert, es sei ihm nicht eingefallen, Eisner ein Mißtrauensvotum auszustellen, er begreife nicht, daß Eisner noch immer nicht zufrieden sei, er versichere ihn seiner ausgezeichnetsten Hochschätzung.

Kautsky erwidert Heine, er habe nur von Revisionisten im allgemeinen gesprochen, den Namen Heines aber nicht genannt. Da dieser das Wort genommen habe, müsse er sich wohl aber getroffen gefühlt haben.

Heine: Die eben von Kautsky beliebte Doppelargumentation kenne er sehr gut aus Beleidigungs-Prozessen. Die von der Frau Müllern wegen der Anschuldigung des Diebstahls verklagte Frau Schulzen sagt: Ich habe die Müllern gar nicht gemeint; da sie aber klagt, muß sie ein sehr schlechtes Gewissen haben. (Heiterkeit.)

In der nunmehr folgenden Abstimmung werden das Amendement Wurm und einige andre Anträge angenommen, der Antrag Legien, das Wort „revisionistischen" zu streichen, abgelehnt Abgelehnt wird auch das Amendement Rosa Luxemburg, Klara Zetkin und Stadthagen.

Die Resolution lautet im ganzen nunmehr wie folgt:

Der Parteitag fordert, daß die Fraktion zwar ihren Anspruch geltend macht, die Stelle des ersten Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Reichstag durch Kandidaten aus ihrer Mitte zu besetzen, daß sie es aber ablehnt, höfische Verpflichtungen zu übernehmen oder irgend welchen Bedingungen sich zu unterwerfen, die nicht durch die Reichsverfassung begründet sind.

Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsre bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unsrer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt.

Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, daß aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt.

Daher ist der Parteitag im Gegensatz zu den in der Partei vorhandenen revisionistischen Bestrebungen der Ueberzeugung, daß die Klassengegensätze sich nicht abschwächen, sondern verschärfen und erklärt:

1. Daß die Partei die Verantwortlichkeit ablehnt, für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände und daß sie deshalb jede Bewilligung von Mitteln verweigert, welche geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten.

2. Daß die Sozialdemokratie gemäß der Resolution Kautsky des internationalen Kongresses von Paris 1900 einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben kann.

Der Parteitag verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen, stets wachsenden Klassengegensätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern.

Der Parteitag erwartet, daß die Fraktion die größere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihr stehenden Wählermassen erlangt, nach wie vor zur Aufklärung über das Ziel der Sozialdemokratie verwendet und entsprechend den Grundsätzen unsres Programms dazu benutzt, die Interessen der Arbeiterklasse, die Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte für alle aufs kraftvollste und nachdrücklichste wahrzunehmen und den Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Kolonial- und Weltmachtspolitik, wider Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt noch energischer zu führen als es bisher möglich gewesen ist und für den Ausbau der Sozialgesetzgebung und die Erfüllung der politischen und kulturellen Aufgaben der Arbeiterklasse energisch zu wirken.

In diesem Wortlaut wird die Resolution in namentlicher Abstimmung mit 299 gegen 11 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen Heine, Göhre, Kolb, Peus, Dr. Südekum, Timm, Vollmar zur Resolution wird mit Heiterkeit aufgenommen.

Singer macht hierauf

das Ergebnis der Vorstandswahl

bekannt. Zu Vorsitzenden sind gewählt Singer mit 286, Bebel mit 272 Stimmen, zu Sekretären Auer mit 270, Pfannkuch mit 286 Stimmen, zum Kassierer Gerisch mit 286 Stimmen. Zu Kontrolleuren sind gewählt Meister-Hannover, Kaden-Dresden, Bock-Gotha, Brühne-Frankfurt a. M., Frau Zetkin-Stuttgart, Koenen-Hamburg, Geck-Offenburg, Ehrhart-Ludwigshafen, Pfarr-Berlin.

Als Ort des nächstjährigen Parteitages wird Bremen gewählt.

Ein Antrag, der strikteste Stimmenthaltung bei Stichwahlen fordert, wird abgelehnt.

Es wird hierauf der Antrag der Marburger Genossen zur Diskussion gestellt, der dem Genossen Wolfgang Heine

ein Mißtrauensvotum

ausstellt, weil er, „persönliche Freundschaft über Parteiinteressen stellend", an Herrn v. Gerlach am Stichwahltage telegraphiert hat, daß der „Vorwärts" entgegen dem Beschluß der Marburger Parteiorganisation die Unterstützung der Wahl des Herrn v. Gerlach empfohlen habe.

Heine

erklärt, er wolle nicht über die Richtigkeit der Marburger Stichwahlparole reden, er wolle aber sagen, daß er nicht aus Gründen persönlicher Freundschaft, sondern aus Parteiinteresse an Herrn v. Gerlach telegraphiert habe. Freundschaft verbinde ihn nicht mit Gerlach, sondern nur oberflächliche Bekanntschaft. Was nun die Auslassung im „Vorwärts" anlange, so wolle er gern zugeben, daß die gewählte Form ungehörig, die ganze Erklärung überflüssig war. Er bitte die Resolution zurückzuziehen, es sei ganz ungewöhnlich, den Parteitag anzurufen, wenn einer einmal gegen einen andern im Laufe des Jahres grob geworden sei. Sollte der Parteitag anders entscheiden, so nehme er den Rüffel hin wie einen Ordnungsruf im Parlament, den man erhalte, wenn man etwas mehr gesagt hat, als man habe sagen sollen, aber das gesagt habe, was man habe sagen wollen.

Dr. Michels-Marburg:

Ich hatte erwartet, daß Heine nur die Form seiner Erklärung im „Vorwärts" bedauern würde. Ich habe mich getäuscht. Heine ist der Blamierte in der ganzen Angelegenheit. Er hat sich im „Vorwärts" den Prügeljungen genannt. Nun ja, ein Junge, der nichts andres zu seiner Verteidigung weiß, prügelt. (Heiterkeit.) Die ungewöhnliche Form resultiert aus der ungewöhnlichen Sache. Er ziehe die Resolution zurück. (Bravo!)

Es folgt der Punkt

Maifeier.

Es liegen Anträge vor, die teils eine Abflauung der Feier, teils eine intensivere Feier befürworten.

Pfannkuch

empfiehlt die alte Weise der Maifeier und die in den letzten Jahren stets angenommene Resolution, die die Arbeitsruhe als die würdigste Art der Feier erklärt, aber Ausnahmen zuläßt.

Ein Antrag Timm-München, überhaupt nicht in die Diskussion über diesen Punkt einzutreten, sondern die Resolution einfach anzunehmen, gegen den Löbe-Breslau spricht, wird abgelehnt.

Dr. Friedeberg-Berlin:

Wir müssen beweisen, daß hinter unserm großen Sieg nicht bloß Stimmen, sondern wirkliche überzeugte Genossen stehen, die gewillt sind, die Ziele des Sozialismus zur Durchführung zu bringen. Daher dürfen wir nicht bloß für Arbeitsruhe am 1. Mai, wo sie möglich ist, sondern für das Verbot jeder Arbeit am 1. Mai von Partei wegen eintreten. (Widerspruch.) Durch die Maifeier tragen wir auch am meisten zur Vereinheitlichung der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung bei.

Weidner-Frankfurt a. M.

stimmt den Ausführungen des Vorredners bei und regt an, daß der Parteivorstand sich mit der Vertretung der Gewerkschaften in Verbindung setzen möge, um die Frage der Unterstützung der Gemaßregelten zu regeln.

Ein Antrag, heute die Verhandlungen zu Ende zu führen, wird hierauf nach lebhaftem Widerspruch Singers abgelehnt und die Weiterberatung auf morgen 11 Uhr vormittags vertagt. Schluß 7¼ Uhr. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 21. September 1903.

— **Auf zur Agitation für die „Volksstimme".** Noch eine letzte Mahnung in letzter Stunde richten wir an Euch, Parteigenossen. Jeder, dem es ehrlich darum zu tun ist, unsre Partei zu fördern und unsre Parteipresse zu verbreiten, der erscheine heute abend **von 6 Uhr ab im „Dreikaiserbund".** —

— **Wie in einer unparteiischen Zeitung über Arbeiter geurteilt wird.** Folgende köstliche Stelle finden wir in einem „unparteiischen" Blatte:

„Heutzutage ist der Arbeiter der sorgenfreieste Mensch; er läßt andre für seine Sache sorgen, ohne hierfür Verständnis, noch weniger aber Dank zu zeigen. Er spielt die zurzeit so zweckmäßige Rolle des hart bedrängten und daher scheinbar mit Recht Unzufriedenen. Es muß aber doch Mittel geben, um dieser ehrlosen Taktik ein Ende zu bereiten? Wenn nicht, so wird diese traurige Rolle zuletzt der Landmann leider in Wahrheit spielen müssen."

Als Mittel gegen die ehrlose Taktik der Arbeiter, die lieber in der ungesunden Stadt armselig leben, „als den reichen Verdienst auf dem gesunden Lande suchen", wird empfohlen, durch einen eisernen Gesetzesparagraphen einen wirksamen Riegel vorzuschieben. Wir empfehlen hierzu folgendes Schema: „Jeder in der Stadt lebende Arbeiter hat, sobald ein Gutsbesitzer es verlangt, bei ihm in Arbeit zu treten und sich mit der ihm gewährten Kost und Wohnung zu begnügen. Rechtlicher Anspruch auf Lohn steht dem Arbeiter nicht zu; dagegen hat der Arbeitgeber uneingeschränktes Züchtigungsrecht. Wer ohne Einwilligung des Arbeitgebers den Dienst verläßt, wird mit Zuchthaus nicht unter 15 Jahren bestraft." Wie gefällt der „unparteiischen" Zeitung unser Vorschlag? —

— **Die entlassenen Reservisten** seien auf ihre Verpflichtung, sich innerhalb 14 Tagen bei dem Bezirksfeldwebel, dessen Kontrolle sie unterstehen, anzumelden. Die Unterlassung zieht erhebliche Strafe nach sich. Alle militärischen schriftlichen Meldungen der Landwehrmänner und Reservisten an das vorgesetzte Bezirkskommando bezw. Feldwebel werden von der Post portofrei befördert, wenn die Briefe mit dem Vermerke „Militaria" versehen und unverschlossen eingeliefert werden. —

— **Kasernen-Geheimnisse.** Eigenartige Vorgänge spielen sich augenblicklich in der 11. und 12. Kompanie des hiesigen Regiments Nr. 66 ab. Unter den Mannschaften macht sich seit dem Manöver eine kolossale Erregung bemerkbar, die auch den Vorgesetzten zu denken geben **sollte.** Nicht nur, daß während der Manöverzeit selbst riesig [illegible] über die Mannschaften verhängt sind — bei „Vater [illegible] alles **überfüllt** — es ist noch etwas hinzugekommen, das außerordentlich interessant und zugleich für die sogenannte **Kasernen-Justiz** sehr charakteristisch ist. Wie wir nämlich hören, sind **über 100 Mann** aus diesen beiden Kompanien deshalb mit **je 3 Tagen Arrest** bestraft worden, weil sie — zwecks Anschaffung eines der bekannten Kompaniebilder — Geld zusammengesteuert hatten!!! Die beiden Vorgesetzten nämlich, die das Geld eingesammelt hatten, haben dasselbe **unterschlagen** und kommen demnächst vors Kriegsgericht. Die armen Teufel von Soldaten aber, die man um das Geld geprellt hat, sind jetzt **dreifach** bestraft: Sie sind ihr Geld los, bekommen kein Bild dafür und müssen obendrein noch 3 Tage ins Loch! Seit mehreren Tagen gehen die über 100 Bestraften abwechselnd zu „Vater Philipp", weil dort der Platz für alle nicht ausreicht. Am Sonnabend sahen wir wieder einen Trupp von 5 Mann herauskommen. —

— **Ein höflicher Mann** ist doch der hiesige Regierungspräsident Dr. Baltz. Als er kürzlich zufällig in Hötensleben war, hielt er — natürlich — eine Rede, worin er u. a. ausführte: H. sei der Sitz der Intelligenz im Kreise Neuhaldensleben. — Herrn Dr. B. ergeht es wie dem Professor Schmoller: Wenn er in der Monarchie weilt, lobt er diese; ist er aber zufällig mal in einer Republik, so hält er die republikanische Staatsform für die beste. Die übrigen Ortschaften des Kreises brauchen also nicht gleich böse zu sein. —

— **Eine Störung des Straßenbahnbetriebes** gab es gestern abend von 6 Uhr ab. Infolge Beschädigung eines Kabels fuhren sämtliche Wagen ohne Licht. Verschiedentlich mußten die Wagen eine halbe Stunde und länger auf einer Stelle liegen bleiben. Auf dem Breiteweg verursachte das nicht geringes Aufsehen. Der Direktion ist infolge des Stromverlustes und der entgangenen Einnahmen ein Schaden von mehreren tausend Mark entstanden. Irgendwelche Zwischenfälle, Verletzungen von Personen sind nicht vorgekommen. —

— **gustaf nagel 2?** Freitag abend 6¼ Uhr lief ein Mann in der Neustadt von der Nachtweidestraße unter der Bahnbrücke nach der Agnetenstraße. Er war nur mit einem Hemd bekleidet und trug Mütze und die Hosen unterm Arm. Ob eine Wette oder Trunkenheit vorliegt, oder ob der Betreffende ein Irrsinniger war, konnten wir nicht mehr ermitteln. Viele Menschen, insbesondere Frauen, liefen dem Mann nach und erregten so großes Aufsehen. —

— **Opfer des Leichtsinns.** Der am 15. d. Mts. durch einen Stoß mit der Regenschirmspitze ins Auge schwer verletzte Arbeiter Joseph K. ist seinen Verletzungen erlegen. Der Täter Schmied Leon K. wurde festgenommen. —

— **Traurige Folgen der Trunkenheit** wird ein hiesiger Arbeiter zu tragen haben, wie am Sonnabend abend gegen 9 Uhr im Fürstenufer beobachtet werden konnte. Ein angetrunkener Arbeiter hatte das dort stehende Schilderhaus durch ein Bedürfnis verunreinigt, wobei er gefaßt und vom Wachtposten einstweilen in das Schilderhaus gesperrt wurde. Der Posten pflanzte sofort sein Bajonett auf und bewachte den Mann so lange, bis eine zwei Mann starke Wache kam und den Mann, nachdem ihm seine sämtlichen Sachen abgenommen waren, abholte. Nun wurde der Trunkene wie ein Deserteur zwischen beiden mit aufgepflanzten Bajonetten marschierenden Vaterlandsverteidigern zur Wache geführt, wo er einer exemplarischen Strafe entgegensehen dürfte, zumal er den Posten noch beleidigte. Immer hübsch militärisch.

— **Museums-Vorträge.** Von jetzt ab werden, wie uns das städtische Museum mitteilt, die Eintrittskarten zu den diesjährigen Museums-Vorträgen beim Kastellan des städtischen Museums ausgegeben. Der Direktor des Museums, Dr. Th. Volbehr, wird in diesem Jahre am 9. November beginnen und den aus 5 Vorträgen bestehenden Zyklus am 7. Dezember beendigen. Das gemeinsame Thema für alle 5 Vorträge, die wiederum durch Lichtbilder aufs reichste illustriert werden, lautet: „Naturgesetze im Reiche der bildenden Kunst." Die Untertitel für die einzelnen Vorträge sind: 1. „Das Mysterium der Farben"; 2. „Der Mensch, das Maß seiner Kunst"; 3. „Das Auge als Gesetzgeber"; 4. „Die drei Stofffreise der Kunst" und 5. „Lebensbedingungen der Kunst". — Auf vielfach ausgesprochenen Wunsch ist der Anfang der Vorträge auf 5½ Uhr festgesetzt und damit der Schluß auf 6½ Uhr. —

Provinz und Umgegend.

△ **Aschersleben,** 20. September. (Von der Krankenkasse.) Eine große Interesselosigkeit betreffs der wichtigsten sozialen Gesetzgebung konnte man anläßlich der Generalversammlung der hiesigen Allgemeinen Orts-Krankenkasse wahrnehmen, indem der Besuch derselben sehr viel zu wünschen übrig ließ. Als Vorstandsmitglied (Arbeitgeber) wurde der Sattlermeister Eulenburg mit zwei Stimmen gewählt. (Es hatten sich mehr Wahlberechtigte seitens der Arbeitgeber nicht eingefunden.) Wohl war eine Anzahl Tischlermeister anwesend, um einen ihrer Mannen in den Vorstand zu dirigieren. Dieselben machten aber lange Gesichter, als ihnen auseinandergesetzt wurde, daß sie nur Gäste seien, also das Wahlrecht nicht ausüben könnten. Anstatt daß die Herren nun ihre Statuten-Unkenntnis einsehen sollten, spielten dieselben die gekränkte Leberwurst und schimpften weidlich auf das Statut, um bald darauf auch den Saal zu verlassen. Nachdem dieses Intermezzo vorüber war, wurde das revidierte Statut, welches die durch das neue Krankenversicherungs-Gesetz notwendigen Aenderungen enthielt, beraten und mit der Aenderung, daß das Krankengeld vom Augenblick des Kranksein geleistet wird (der Vorstand wünschte, um Simulanten zu treffen, vom zweiten Tage der Krankheit) in der vom Vorstand vorgelegten Fassung angenommen.

Hierauf erstattete Genosse Luther einen Bericht über die Verhandlungen der Generalversammlung der Orts-Krankenkassen in Magdeburg, worüber sich eine lebhafte Debatte entspann und Stellung zur Ausschußwahl zur Landesversicherungsanstalt genommen wurde, damit Leute in diese Institution gewählt würden, welche Verständnis für ihre Aufgaben hätten. — Einen empörenden Vorfall, welcher den Unwillen der Anwesenden hervorrief, brachte ein Arbeitgeber (Bürstenfabrikant Ziese) zur Sprache. Genannter Herr beschäftigt einen Lehrling, welcher eines Morgens von einem schweren Tobsuchtsanfall heimgesucht wurde. Der Kranke sollte nun dem hiesigen städtischen Krankenhaus überliefert werden. Dort wurde aber — da wahrscheinlich kein Ueberweisungsschein vom Arzt vorgelegt werden konnte — die Aufnahme seitens des Inspektors verweigert! Bei dieser Gelegenheit wurde das Verhalten des Kr[illegible] und [illegible] wurde, wobei durch [illegible] den wahnsinnig. Die Wärter [illegible] Krankenhaus in verschiedenen Fragen Remedur schaffen möge. Auch wurde verlangt, was schon des öfteren erfolglos geschehen ist, daß der Magistrat endlich einen Assistenzarzt im städtischen Krankenhause anstellen möge. —

Wanzleben, 18. September. (Arbeiterzug.) Von der Direktion der Zuckerfabrik Klein-Wanzleben war seinerzeit bei der Eisenbahndirektion zu Magdeburg der Antrag gestellt, zwecks Schaffung einer passenden Fahrgelegenheit für die in Seehausen wohnenden, von der genannten Fabrik beschäftigten Arbeiter in dem 5.51 morgens aus Seehausen fahrenden Güterzuge einige Personenwagen mitlaufen zu lassen. Diesem Antrage ist nun entsprochen. Der genannte Zug wird vom 1. Oktober ab auf der Strecke Seehausen—Klein-Wanzleben Wagen 3. und 4. Klasse führen. —

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In Groß-Salzer Flur, in „Unter-Börnecke" zwischen Welsleber und Frohser Terrain, soll eine neue Zündhütchen- und Patronenfabrik erbaut werden. Die Firma A. u. W. Allendorff läßt dieselbe erbauen. — Die städtischen Körperschaften in Schönebeck beschäftigen sich jetzt mit der Frage der Anlage eines Winter- oder Umschlagshafens, angeregt durch eine Eingabe des Kommerzienrats Dümling. Zu einer Einigung, ob man die Mittel zur Ausarbeitung eines Hafenprojekts bewilligen solle, ist man bis jetzt noch nicht gelangt; wohl aber ist eine gemischte Kommission gewählt und 300 Mark zur Verfügung gestellt, um die Vorfragen (Platzfrage, Grunderwerb, Anlagekosten usw.) zu prüfen und dann darüber zu berichten. Schönebeck hat ein prachtvolles, von der Natur zu einer Hafenanlage wie geschaffenes Terrain, das Röthebecken. Aber das gehört dem Fiskus, und der scheint der Stadt Schönebeck kein Entgegenkommen beweisen zu wollen. — In Staßfurt erschoß sich in der Michaelistraße der 72jährige Häusler. Der alte Mann soll sich aus Gram darüber das Leben genommen haben, daß alle seine Kinder in Amerika weilen. H. hinterläßt seine 70jährige gebrechliche Frau. — Die Zuckerraffinerie-Genossenschaft in Barby hat ihr bereits 18 Morgen großes Terrain noch erweitert. Der angrenzende Ackerplan des Herrn E. Steinhausen von 3½ Morgen Größe ist von ihr käuflich erworben worden. Der Kaufpreis beträgt pro Morgen zirka 2000 Mark. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 19. September 1903.

Unterschlagung. Der Hilfsgerichtsdiener Gottfried Baatz zu Calbe a. S. überbrachte im Juni d. J. zwei Frauen Gerichtskostenrechnungen über 57,80 Mark und 32,30 Mark und erhielt beide Beträge mit dem Ersuchen anvertraut, sie an die Kasse abzuführen. Statt dies zu tun, verbrauchte er das Geld für sich, leistete hinterher aber Ersatz. Die Kammer erkannte wegen Unterschlagung auf 2 Monate Gefängnis. —

Nächtlicher Krawall. Der Zimmerer August Elsner, der Maurer August Schwäbe und der Maurer Bernhard Walle zu Calbe a. S. sollen am 21. Juli d. J. durch lautes Singen auf der Straße ruhestörenden Lärm erregt haben. Als ein Polizeisergant zur Ruhe aufforderte, beleidigte Elsner ihn durch Schimpfreden und leistete festgenommen Widerstand. Die Verhandlung stellte nur die Schuld des vorbestraften Elsner fest, der zu 3 Monaten Gefängnis und 3 Tagen Haft verurteilt wurde. Schwäbe und Walle wurden freigesprochen. —

Beamtenbestechung. Der Landwirt **Richard Giese** zu Cöpernitz wurde am 2. Mai d. J. von einem Förster auf einem Jagdgebiete angetroffen, auf dem er angeblich nicht berechtigt war, zu jagen. Um eine Anzeige zu vermeiden, bot Giese dem Beamten ein Geldgeschenk an, das zurückgewiesen wurde. Das Urteil lautete wegen Bestechung auf 30 Mark Geldstrafe event. 3 Tage Gefängnis. —

Geisteskrankheit oder Verbrechen? In nichtöffentlicher Sitzung wurde der schon öfter erheblich vorbestrafte Arbeiter **Oskar Leuchte** hier, geboren 1884, wegen Sittlichkeitsverbrechens in drei Fällen, begangen mit Kindern, angeklagt. Die Kammer beschloß, ihn auf seinen Geisteszustand auf die Dauer von 6 Wochen in der Provinzial-Irrenanstalt beobachten zu lassen. —

Widerstand. Der vorbestrafte Arbeiter **Heinrich Hellmund** hier hat am 18. Juni d. J. auf dem Bahnhofe Karten mit unzüchtigen Abbildungen feilgeboten. In der Jakobstraße verübte er dadurch groben Unfug, daß er vorübergehende Personen anrempelte und skandalierte. Festgenommen leistete er Widerstand. Den Angeklagten trafen 4 Monate Gefängnis und 1 Woche Haft. —

Schwerer Diebstahl. Der vielmals vorbestrafte Arbeiter **Gottfried Krietsch** zu Barby half im Juli d. J. beim Umzug des Landwirts Knauf und stahl gelegentlich dabei mittels Einsteigens eine Schürze, eine Decke, sechs Handtücher und andre Sachen, die er in einen Sack tat und seinem Sohne **Gottfried Krietsch** durch das Fenster zureichte, der dann den Sack in einem Weidenbusch versteckte. Krietsch sen. erhielt wegen schweren Rückfallsdiebstahls 2 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht, wurde auch sofort verhaftet. Der Sohn wurde freigesprochen. —

Gewerbegericht Halberstadt.

Sitzung vom 17. September 1903.

Vorsitzender: Stadtrat **Leonhardt**. Beisitzer: Steindruckereibesitzer **Koch** und Bauarbeiter **Volkmann**.

Es klagt der Weißgerber **Skobowsky** gegen den Gerbereibesitzer **Stelzer** auf Lohnentschädigung für 14 Tage im Betrage von 40 Mark abzüglich für zwei Wochen Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträge. Am 5. September d. J. erhielt der Kläger vom Beklagten seinen Wochenlohn und die Papiere mit dem Bemerken, er sei entlassen. Kläger ging zum Beklagten und erklärte diesem, daß er mit der plötzlichen Entlassung nicht einverstanden sei. Beklagter wendet hiergegen ein, daß eine Kündigung bei ihm sowie in allen Weißgerbereien am Orte ausgeschlossen sei. Beklagter wird verurteilt, an Kläger für 10 Tage — vom 7. bis 17. September — 32 Mark zu zahlen. Hiermit erklärt sich der Kläger einverstanden. —

Der Handschuhmacher **Müller** klagt gegen den Handschuhfabrikanten **Weißenborn** auf Zahlung einer Lohnentschädigung von 35 Mark. Dieser Klage ist eine Klage vorausgegangen, in welcher Beklagter versprochen hatte, den Kläger in das frühere Arbeitsverhältnis wieder einzustellen. Als aber der Kläger die Arbeit wieder aufnehmen wollte, bekam er solche Arbeit, welche er angeblich nicht machen konnte und früher auch nicht erhalten hatte. Kläger versuchte dies dem Beklagten vorzustellen, wurde aber dabei mit derartigem Ton im Kontor angefahren, daß Kläger es vorzog, sich lieber zu entfernen, und da er keine andre Arbeit bekam, [illegible] einen Termin an. Die Verhandlung mußte wegen Ladung von Sachverständigen auf Freitag den 25. September vertagt werden. —

Gegen den Buchbindermeister **E. Schulze** klagt der Buchbindergehilfe **Balke** auf 14tägige Lohnentschädigung wegen unrechtmäßiger Entlassung im Betrage von 34 Mark. Kläger hatte am 4. September gekündigt, wurde aber am 7. September schon entlassen. Beklagter erklärt hierauf, daß bei ihm die 14tägige Kündigung bestehe, doch auf Wunsch des Klägers sei die Kündigung ausgeschlossen. Die Aussage des Beklagten wird durch Zeugen bestätigt. Die Weiterbeschäftigung des Klägers von seiner Kündigung bis zur Entlassung geschah, um den gegebenen Vorschuß abzuarbeiten. —

Der Wreschener Fluchtbegünstigungs-Prozeß. Wie ein Telegramm aus **Gnesen** meldet, endigt der vorgestern vor dem dortigen Landgericht begonnene Fluchtbegünstigungsprozeß **Piecsecka-Badnarowicz** am Dienstag dieser Woche. Der Gerichtshof lädt telegraphisch weitere Zeugen vor. Den 14 Angeklagten, darunter den **hervorragendsten Mitgliedern des Polentums**, wird hauptsächlich vorgeworfen, daß sie den **Zweimalhunderttausendfonds** nicht bloß zur Unterstützung der Wreschener Opfer, sondern auch **zur Unterstützung allerhand polnischer Zwecke** verwandt haben. Das bedeute eine **direkte Agitation gegen die Staatsregierung.**

[illegible] Die [illegible] wird plötzlich [illegible] Der **Gerichtshof lehnt dies aber ab. (!!)** [illegible] **Lenzmann**-Dortmund [illegible] **im Namen der Menschlichkeit** den Gerichtshof, [illegible] sie sei eine **Hauptzeugin und ihr Leben sei unbedingt zu erhalten.** [illegible] **Lenzmann** bereit, die **Kosten des Transports** zu tragen. **Jetzt** ist der Gerichtshof einverstanden und die Frau wird ins Lazarett gebracht. —

Ein Bild sozialen Elends [illegible] eine Verhandlung des Schöffengerichts **Jena** gegen den 13jährigen Schulknaben H., der von einem Grundstück einige **Kartoffeln** im Werte von 40 Pfg. **entwendet** hat. [illegible] **„Sonnabends überhaupt nichts mehr da ist".** [illegible] Der Kleine kommt mit einem Verweis davon.

[illegible] —

Vermischte Nachrichten.

*** Kein Gold — Pech!** Das angebliche **Gold,** das in **Kaiser-Wilhelmsland** auf Neuguinea gefunden worden sein sollte, hat sich, wie der „Nationalztg." aus Herbertshöhe geschrieben wird, als **gemeiner Schwefelkies** entpuppt. —

*** Verspätete Zugvögel.** In der „Neue Freie Presse" lesen wir: In der Umgebung Wiens, auf Telegraphendrähten, in Bahnhofshallen und unter Dachrinnen sieht man noch immer **junge Schwalben** gedrängt beisammen sitzen und man hört ihr Geschrei, wenn die Alten trotz des schlechten Wetters Futter herbeischleppen. Nach der bekannten Bauernregel „Zu Maria Geburt fliegen die Schwalben furt" sind zu Beginn der vorigen Woche Schwalben in großen Schwärmen nach dem Süden gezogen. Diese Schwärme bestanden aus der ersten Brut des Sommers in Begleitung alter Tiere. Die zweite Brut ist des ungünstigen Wetters wegen erst vor zwei bis drei Wochen aus den Nestern geflogen und heute für die weite Reise noch nicht trainiert. Sie mußte zurückbleiben und mit ihr blieb — wie verläßliche Beobachter versichern — entweder das alte Männchen oder das Weibchen zurück, während die zweite Ehehälfte mit den älteren Nachkommen bereits auf Reisen ist. Sobald ein Sonnenstrahl durch die Regenwolken bricht, werden die Jüngsten trainiert; aber sie halten noch nicht viel aus, da ihre Nahrung des schlechten Wetters wegen ungenügend ist. —

*** Wo werden die meisten Kinder geboren?** Die vergleichende Bevölkerungs-Statistik der Großstädte ergibt, daß der Ruhm, dem Storch am meisten Beschäftigung gewährt zu haben, einer deutschen Stadt zukommt, nämlich **Essen**. Diese Stadt stand bezüglich der Geburtshäufigkeit im Jahre 1901 an der Spitze aller Großstädte. Die Geburtsziffer betrug auf 1000 Einwohner 47,1, am nächsten kommen wiederum zwei deutsche Städte, **Mannheim** mit 43,9 und **Nürnberg** mit 41,3. Von ausländischen Großstädten weist nur die argentinische Stadt **Rosario** da Santa-Fé eine Geburtsziffer von über 40 auf. Bei den Millionenstädten entfallen relativ die meisten Geburten auf **Moskau** (30,9); es folgen alsdann **Wien, London, Berlin, New-York** und **Paris** (21,3). Die niedrigsten Geburtsziffern zeigen die französischen Städte **Lyon, Bordeaux** und **Toulouse** (18—19). Noch niedriger ist die Ziffer in **Rio de Janeiro: 17,4.** —

*** Tödlicher Unfall eines Selbstmord-Kandidaten.** Der Hausdiener Gehringer, der kürzlich, wie mitgeteilt wurde, in **Berlin** unter die Räder eines Geschäftsautomobils geriet und getötet wurde, hatte, wie nachträglich bekannt wird, die Absicht, Selbstmord zu begehen. Bei dem Verunglückten wurde ein Brief gefunden, der adressiert und frankiert an eine auf dem Gesundbrunnen wohnende Dame gerichtet war. Wie sich jetzt herausstellt, enthielt der Brief die Nachricht von dem Tode des Hausdieners. Dieser war in einer Konditorei in der Linienstraße angestellt gewesen und hatte bei einer geschäftlichen Ausfahrt auf dem Zweirade die Gelegenheit benutzt, um seine Braut zu besuchen. Hierbei kam es zwischen dem Liebespaar zu einer Auseinandersetzung, die dazu führte, daß der Hausdiener beschloß, sich das Leben zu nehmen. Er schrieb einen Brief an seine Braut, der er mitteilte, daß bei Empfang des Schreibens sein Körper tot im Wasser liege. Bevor Gehringer seine Selbstmordabsicht zur Ausführung bringen konnte, fand er durch den Unfall seinen Tod. —

Kleine Chronik.

Das Ende der Proletarierin.

Der Berliner Polizeibericht bringt folgende charakteristische Meldung: „**Vierzehn Tage tot in ihrer Wohnung** lag die 72jährige Näherin Anna Groß, die in Berlin, Weberstraße Nr. 10, im Hof im Keller wohnte. Sie erhielt Armenunterstützung, erhob aber am 1. d. M. den fälligen Betrag nicht. Der Armenvorsteher, der sich über ihr Ausbleiben wunderte, ging darauf endlich zum Hausverwalter, um sich nach ihr zu erkundigen. Jetzt fiel es erst den Hausgenossen ein, daß man die Greisin **schon seit vierzehn Tagen nicht mehr gesehen hatte**. Der Hausverwalter ließ ihre Wohnung öffnen und fand sie angekleidet tot auf dem Fußboden. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht."

Vierzehn Tage darf die greise Proletarierin in ihrer Kellerhöhle tot daliegen, niemand kümmerte sich um sie. Ist das nicht die herrlichste aller Welten, in der wir leben? —

So lebt das Volk!

Vom Armenvorsteher als Leiche aufgefunden wurde die 37 Jahre alte Arbeiterfrau Emilie Rissel in der Strausbergerstraße 37 in **Berlin**. Frau Rissel, deren Mann sich seit vier Monaten im städtischen Siechenhaus in der Fröbelstraße befindet, ernährte sich durch Mäntelnähen. Da sie in der letzten Zeit ebenfalls kränkelte, so riet man ihr, sich an die Armenverwaltung zu wenden. Der Kommissionsvorsteher Malermeister Kluth bewilligte ihr am Montag auch freie Arznei. Am Dienstag sollte sie den Schein holen, aber sie ließ sich nicht wieder sehen. Als nun der Armenvorsteher sich gestern nachmittag nach ihr erkundigen wollte, fand er sie in der nicht verschlossenen Kellerwohnung tot in ihren Kleidern auf dem Bette liegen. Ein Arzt stellte fest, daß der Tod schon zwei Tage vorher eingetreten war, vermutlich infolge eines Herzschlags. —

Für 22½ Millionen Mark Fünf- und Zweimarkstücke

sind in der Zeit vom 1. Juli bis 1. September d. J. zur Ausmünzung gelangt. Die Neuprägungen haben in diesem verstärkten Maße stattgefunden, weil sich infolge der Einziehung von Talerstücken ein Mangel an großen Silbermünzen, namentlich für die Löhnung der Arbeiter, geltend gemacht hat.

Ein stürmischer Lohengrin.

Im Königlichen Opernhaus zu **Budapest** wurde eine Probe zu der Oper „Lohengrin" abgehalten, die andern Tags mit Georg Anthes in der Titelrolle in Szene gehen soll. Bei dem Zweikampfe im ersten Akt ereignete sich nun ein Unfall. Herr Anthes ging mit hochgeschwungenem Schwerte gegen Herrn Beck, den Darsteller des Telramund, los. Herr Beck versäumte es jedoch, sich mit seinem Schilde genügend zu decken, so daß er an der Stirn oberhalb des linken Auges eine mehrere Zentimeter lange Wunde erhielt, die eine heftige Blutung veranlaßte. Die Probe wurde sofort unterbrochen und die Wunde des Künstlers von dem Theaterarzte verbunden. —

Kleine Tageschronik. Sonnabend nacht wütete eine große Feuersbrunst auf dem Gute **Friesmark** bei Tondern. — Die Meldung über einen großen Brand in der Stadt **Tauroggen**, durch welchen das Bahngebäude und Getreidedepots zerstört worden seien, wird jetzt der Russischen Telegraphen-Agentur nach einer Mitteilung aus Kowno als nicht zutreffend bezeichnet. — Die in **Hamburg** in Untersuchungshaft befindliche Frau Wiese ist nunmehr überführt worden, das Kind ihrer eignen Tochter und drei andre ihr anvertrauten Kinder getötet zu haben. Die Leichen der letzteren verbrannte sie im Ofen. — Die durch das Hochwasser unterbrochen gewesene Verbindung zwischen **Gastein** und **Lend** ist wiederhergestellt. — Der bekannte Lehrer der Logik und Psychologie an der Universität **Aberdeen**, Professor Alexander Bain, ist im Alter von 85 Jahren verstorben. — Bei den Ausgrabungen in **Argos** sind interessante neue Funde gemacht worden. —

Vereine und Versammlungen.

Klempner.

Die wiederum stark besuchte öffentliche Versammlung der **Klempner und Installateure**, welche am Sonnabend den 19. d. M. im Müllerschen Lokale tagte, nahm den Bericht der Neunerkommission entgegen. Die Antwort der Arbeitgebervereinigung im Installationsgewerbe sowohl, als auch das Resultat der Verhandlungen mit der Klempner-Innung befriedigten nicht und wurden einstimmig von der Versammlung zurückgewiesen. Das Verlangen der Klempner-Innung, Bestimmungen, die **nichts** enthalten, bis zum Jahre 1906 festlegen zu wollen, sei geradezu beleidigend. Aus diesem Grunde wurde folgender Beschluß mit allen gegen zwei Stimmen gefaßt:

> Die Versammlung **bedauert, daß der** Gesellen-Ausschuß der Klempner-Innung nicht energisch die geradezu beleidigende Behandlung unsers eingereichten Arbeitsvertrags, dessen Sätze weit hinter denen andrer deutscher Städte zurückbleiben, zurückgewiesen hat. Die Versammlung beauftragt deshalb die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes **mit der** weiteren Behandlung der Lohnbewegung.

Ferner wurde beschlossen:

> Falls eine Einigung der Ortsverwaltung mit der Innung resp. dem Arbeitgeber-Verband bis Mittwoch abend nicht zustande kommt, ist die Ortsverwaltung berechtigt, in all jenen Werkstätten den Streik zu proklamieren, in denen es nicht zum Abschluß eines Vertrages kommt.

Die Abstimmung hierüber geschah geheim, mittels Stimmzettels, und hatte folgendes Ergebnis: Mit Ja stimmten 100, mit Nein 14 Kollegen und unbeschrieben waren 4 Zettel. Vor der Abstimmung erklärte auf eine Anfrage der Gesellen-Ausschuß, daß ein weiteres Vorstelligwerden des Gesellen-Ausschusses zwecklos sei. — Da es infolge dieser Beschlüsse voraussichtlich zur Arbeitsniederlegung kommt, bitten wir alle Kollegen, den Zuzug streng fernzuhalten. —

Vereins-Kalender.

Anzeigen unter dieser Rubrik kosten pro Zeile 5 Pf., die vorher zu bezahlen sind.

Verein deutscher Schuhmacher, Zahlstelle Magdeburg, Montag, 21. Sept., abends 8½ Uhr, Versammlung im „Bürgerhaus".

Arbeiter-Gesang-Verein Alte Neustadt. Montag abend 8½ Uhr Uebungsstunde bei Lackenmacher, Ottenbergstraße. — 662

Männer-Turnverein „Frisch auf!", Magdeburg-Altst. Turnstunden Montag und Donnerstag von 8—10 Uhr abends in der Turnhalle Gr. Schulstraße 1a. (neben Café Hohenzollern). — 582

Arbeiter-Gesangverein Buckau. Uebungsstunde jeden Dienstag abend 8½ Uhr im „Thalia". Daselbst Aufnahme neuer Mitglieder.

Arbeit.-Radfahr.-Ver. Magdeburg Abt. „Freiheit"-Altstadt. Jed. Mittwoch Zusammenkunft u. Saalfahren im „Dreikaiserbund". 675

Arbeiter-Radfahrer-Verein Magdeburg, Abt. „Einigkeit"-Wilhelmstadt. Jeden Mittwoch Zusammenkunft im „Luisenpark". 603

Marktberichte.

Magdeburg, 19. Septbr. (**Amtliche** Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg. **Weizen** englischer Sommer-, matt, gut 151—154, mittel 146—150, gering bis 140, do. Kolben-Sommer- gut 164—166, mittel ——, gering ——, Rauh- gut 150—151, mittel ——, gering bis —, do. ausländischer gut 170—175. — **Roggen** inländischer, unveränd., gut 130—132, mittel 127—129, gering bis 125, do. ausländischer, gut 130—140. — **Gerste** hiesige Chevaliers, unveränd., gut 152—165, mittel 145—150, gering —, Landgerste, gut 140—148, mittel 135—139, gering —, ausländische Futtergerste, gut 111—112. — **Hafer** inländischer, unveränd., gut 120—132, mittel 125 bis 127, gering bis 120. — **Mais** runder, unveränd., gut 117—118, amerikanischer bunter gut 121—123. — **Erbsen**, hiesige Viktoria-, gut 185—200, mittel 170—180, do. grüne Folger, gut 210—220. —

Magdeburg. Erbsen (gelbe, zum Kochen) 17,00—21,00. Speisebohnen (weiße) 21,00—36,00. Linsen 17,00—27,00. Eßkartoffeln 4,50—5,50. Richtstroh 4,00—4,50. Krummstroh 3,00 bis 3,50. Heu 6,00—7,00. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 1,03—1,10, von der Keule 1.40—1.60. Bauchfleisch 1,20—1,30, Schweinefleisch 1,30—1,40, Kalbfleisch 1.20—1.30, Hammelfleisch 1,20—1.30. Speck (geräuchert) 1.50—1.60. Eßbutter 2.20—2.60. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 3.20—3.80.

Aus dem Geschäftsverkehr.

(Unter dieser Rubrik kostet die Zeile 50 Pfg.)

Wer früh morgens

zum ersten Frühstück eine Tasse wohlbekömmlichen Kathreiners Malzkaffee trinkt, der wird schon nach kurzer Zeit die günstige Wirkung einer solchen vernünftigen Lebensweise deutlich und nachhaltig verspüren. Kathreiners Malzkaffee vereinigt nämlich mit dem Wohlgeschmack und Aroma des guten Bohnenkaffees die charakteristischen und allgemein geschätzten Vorzüge des Malzes, wodurch er **zu einem Gesundheitstrank in des Wortes weitester Bedeutung wird.** Das sollten alle bedenken, denen Kaffee weniger gut bekommt, oder solche, die leidend, nervös und schwächlich sind.

Und nun, Parteigenossen! Die Banner hoch! Nach wie vor vorwärts zum Kampf, vorwärts zum Sieg! Unbeirrt durch die Ereignisse der Tage, zielbewußt in dem, was wir erreichen wollen und was niedergelegt ist in unserm Programm, gehen wir mutig und entschlossen an die Arbeit.

So wie immer wird das Wohl der Partei unser Leitstern sein. Das bekräftigen wir, indem wir wie am Anfang so auch am Schluß unsrer Verhandlungen unsern bekannten Schlachtruf ertönen lassen: Die deutsche Sozialdemokratie, sie lebe hoch!

(Die Delegierten stimmen dreimal in das Hoch ein und singen stehend die erste Strophe der Arbeiter-Marseillaise.),

Der Parteitag ist geschlossen.

Schluß 3 Uhr. —

Gewerkschaftsbewegung.

Metallarbeiter. In Berlin macht der Streik der Metalldrücker weniger schnelle Fortschritte als der der Gürtler. Es ist das jedoch durchaus kein schlechtes Zeichen für den Stand des Streiks. Die Situation ist für die Streikenden ausgezeichnet. Die Streikenden lassen sich weder durch Lockungen noch durch die Drohungen der Arbeitgeber in Briefen und Postkarten wankelmütig machen. Bewilligt haben bis jetzt 33 Firmen; bei den Gürtlern sind es dagegen schon 72 Firmen mit über 500 Arbeitern, die bewilligt haben. Die Unternehmer, die nicht bewilligt haben, behaupten durchaus nicht, daß die Forderungen derMetalldrücker unberechtigt seien, sie möchten wohl auch gern bewilligen, scheuen sich nur ihre Unterschrift zu geben. Das Verhalten der Unternehmer beweist übrigens, daß sie durchaus nicht einig sind untereinander. In ihren Versammlungen beschlossen sie einstimmig, nicht zu unterschreiben, und dennoch werden die Forderungen von einer immer wachsenden Zahl von Unternehmern unterschrieben. —

Massenaussperrung der Berliner Metallarbeiter geplant. Eine Aussperrung der Metallarbeiter wollen die Kühnemänner aus Anlaß des gegenwärtigen Streiks der Berliner Gürtler und Metalldrücker ins Werk setzen, wie in der letzten Generalversammlung der „Vereinigung Berliner Metallwaren-Fabrikanten" beschlossen ist. Von einer solchen Aussperrung würden mehr als 10 000 Arbeiter mit einem Schlage betroffen werden. Die Streikenden lassen sich nicht irremachen. Die Massenaussperrung würde den kleineren Fabrikanten völlig den Hals brechen. Mit Recht zweifelt der „Vorwärts", daß die Scharfmacher der Metallindustrie auch nur bei ihren eignen Kollegen ihren Willen durchsetzen werden. —

Textilarbeiter. In Crimmitschau haben die Ausgesperrten in geheimer Abstimmung abgelehnt, sich den Unternehmern bedingungslos zu unterwerfen. Die Ausgesperrten wissen ihre Taktik der Situation vortrefflich anzupassen. Bekanntlich sucht die Polizei das Streikpostenstehen dadurch unmöglich zu machen, daß sie jeden, der dieser Tätigkeit verdächtig ist, von der Straße weist. Um dem zu begegnen, haben die Ausgesperrten [illegible]

posten sitzen nun ganz gemütlich hinter den Fenstern, beobachten die Fabriktore und sind so in der Lage, sich von allem zu informieren, was sie wissen wollen. Das Streikpostensitzen im Zimmer hat zweifellos manche Vorzüge vor dem unbequemen Streikpostenstehen auf offener Straße, und was die Hauptsache ist, die Streikposten sind so vor den Weisungen der über die „Ordnung und Sicherheit des Straßenverkehrs" wachenden Beamten sicher, die wenigstens bis jetzt noch keine Handhabe gefunden haben, um auch das Streikpostensitzen zu hintertreiben. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 21. September 1903.

— **Keine Durchbrechung der Sonntagsruhe.** Ausnahmsweise sind wir einmal in der Lage, einer Anordnung des Polizeipräsidenten zustimmen zu können. An den beiden Meßsonntagen dieses Jahres ist der Geschäftsverkehr in Magdeburg in den offenen Läden während der Stunden von 3 bis 8 Uhr nachmittags nicht freigegeben.

Die Läden mußten gestern von 2 Uhr nachmittags ab geschlossen sein; dasselbe wird am 4. Oktober der Fall sein. Es ist in der Tat nicht einzusehen, warum die vielgeplagten Handlungsgehilfen, Gehilfinnen, Lehrlinge und Handelshilfsarbeiter ihre kärgliche und unzureichende Sonntagsruhe in einer „christlichen" Stadt vollends einbüßen sollen, weil auf dem Domplatz ein paar Schaubuden stehen. Die selbstständigen Geschäftsleute sind mit der in diesem Jahr getroffenen Neuerung, wie wir hören, ebenso einverstanden wie die Angestellten, da natürlich jetzt während der Wochentage und für den Verkauf freigegebenen Sonntagsstunden ebenso viel umgesetzt wird, wie in früheren Jahren während des ganzen Tags.

Bedauerlich ist indes, daß die Polizei nicht rechtzeitig durch eine amtliche Bekanntmachung darauf aufmerksam gemacht hat, daß es in diesem Jahre nicht bei der im vorigen Jahre getroffenen Anordnung geblieben ist. Das Publikum und die Geschäftsleute hätten sich besser auf die Neuerung eingerichtet, wenn nicht, wie das geschehen ist, erst am Sonnabend abend vielfach Schutzleute in den einzelnen Geschäften die Aenderung des bisherigen Brauchs mitgeteilt hätten.

— **Für seinen Stiefsohn wählen** wollte ein hiesiger Einwohner. Am Tage der diesjährigen Stichwahl fand sich im Wahllokal des 24. Bezirks der vorbestrafte Wurstverkäufer Bergau von hier ein, der nicht wahlberechtigt ist, weil er krankheitshalber aus öffentlichen Mitteln unterstützt wird. Er nannte sich denn auch dem Wahlvorsteher gegenüber nicht Bergau, sondern „Wels". Da jedoch der in den Listen aufgeführte Wels ein junger, der Erschienene aber ein bejahrter Mann ist, wurde der Wahlvorsteher, Rechtsanwalt Pistorius, stutzig, ging der Sache auf den Grund und stellte fest, daß er den Stiefvater des Wels vor sich hatte, der für seinen bettlägerigen kranken Stiefsohn wählen wollte. Bergau erhielt hinterher einen Strafbefehl in Höhe von 2 Wochen Haft, weil er sich einem zuständigen Beamten gegenüber einen falschen Namen beigelegt hatte. Bergau erhob Einspruch und wandte ein, er sei kränklich, könne nicht besonders scharf denken und habe geglaubt, er dürfe für den Stiefsohn wählen, besonders da fortwährend Aufforderungen aller Parteien gekommen seien, Wels solle seiner Wahlpflicht genügen. Das Gericht nahm an, daß der Wahlvorsteher für den Wahlakt zuständiger Beamter sei, sich also der Angeklagte einem solchen gegenüber einen falschen Namen beigelegt hatte. Die Strafe von 2 Wochen Haft erschien auch angemessen, da die Gefahr vorliege, daß [illegible] abgabe das ganze Wahlresultat ge-

Der Prozeß beweist aufs neue, wie leicht diejenigen ertappt werden, die, sei es aus Gesetzesunkenntnis, sei es aus böser Absicht, rechtswidrig wählen wollen. —

w. **Lichtbildervorträge — ein „Gewerbe" des Sozialdemokratischen Vereins.** „Berufsmäßige" Veranstaltung von Vorlesungen, Vorträgen wissenschaftlichen, belehrenden und unterhaltenden Inhalts durch den Sozialdemokratischen Verein in Magdeburg. Das ist die neue, vom Bezirksausschuß ausgesprochene, vom Ober-Verwaltungsgericht beschäftigte Entdeckung. Der Verein hatte im Lokale von Krüger zu Magdeburg einen Lichtbildervortrag veranstaltet, bei dem die Pariser Weltausstellung vorgeführt wurde. Der Magdeburger Magistrat sah das als eine Lustbarkeit im Sinne der Lustbarkeitssteuerordnung an, wobei er berücksichtigte, daß ein Entree von 20 Pfennig erhoben worden war, und zog den Gastwirt Krüger als nach der Steuerordnung mit Verantwortlichen zur Lustbarkeitssteuer heran.

Er berief sich auf die Bestimmung, wonach deklamatorische Vorträge, Vorlesungen und „ähnliche" Veranstaltungen dann zu besteuern seien, wenn sie berufs- und gewerbsmäßig in der Absicht, einen Gewinn zu eignem Vorteil zu erzielen, veranstaltet würden. — Krüger klagte auf Freistellung von der Steuer, der Bezirksausschuß wies ihn jedoch ab. Das Ober-Verwaltungsgericht gab dann der Revision zum Teil statt und verwies die Sache noch einmal an den Bezirksausschuß zurück. Der Senat ging davon aus, daß zwar die Gewerbsmäßigkeit und die Absicht der Gewinnerzielung zu eignem Vorteil seitens des Veranstalters, des Sozialdemokratischen Vereins, nicht aber die Berufsmäßigkeit festgestellt sei.

Der Bezirksausschuß kam in der neuen Verhandlung auf Grund einer Auskunft der Polizei zu der Auffassung, daß auch die Berufsmäßigkeit dargetan sei, und zwar deshalb, weil der Verein zur Belehrung seiner Mitglieder Schulabende und Leseabende veranstalte und auch schon Vorträge über technische und andre wissenschaftliche Fragen habe halten lassen. Alle diese Veranstaltungen nichtpolitischer Natur, einschließlich der Lichtbildervorträge, stellten einen abgegrenzten Wirkungskreis des Vereins dar, also betreibe er sie berufsmäßig. Da nun die Lichtbildervorträge unterhaltender Natur seien, fielen sie als berufsmäßige und gewerbsmäßige Veranstaltung usw. unter die Steuerordnung, und Krüger als der Saalinhaber hafte nach der Steuerordnung neben dem Veranstalter, dem Verein. Krüger wurde wieder abgewiesen.

Das Ober-Verwaltungsgericht wies die abermals eingelegte Revision Krügers als unbegründet ab. Die Vorentscheidung sei zutreffend. —

Letzte Nachrichten.

(„Herold", Depeschen-Bureau.)

Frankfurt a. M., 21. September. Aus Konstantinopel meldet die „Frankf. Ztg.": Drei Generale und drei Obersten wurden auf Befehl des Sultans wegen Abschlachtung von Christen bei Kirkkilisse und Monastir verhaftet. Der bulgarische Bandenführer Schiskschmanow wurde nebst 15 Insurgenten in Heidar-Pascha interniert.

London, 21. September. „Daily Expreß" meldet aus Montreal den Zusammenbruch der Firma Clerque, welche zahlreiche Spinnereien im Bezirk Ontario besitzt und ca. 3600 Arbeiter beschäftigt. Das durch den Zusammenbruch verschlungene Kapital beziffert sich auf acht Millionen Pfund Sterling; es ist dies der größte Zusammenbruch, den Kanada aufzuweisen hat. —

Paris, 21. September. Wie aus Aix-les-Bains berichtet wird, ist dort in der verflossenen Nacht ein grauenvoller Mord verübt worden. Unbekannte Täter drangen in die Wohnung einer bekannten Halbweltdame, ermordeten diese und ihr Kammermädchen. Eine Gesellschaftsdame, die schwer [illegible] wurde, wurde durch den Schrecken wahnsinnig. Die Mörder erbeuteten Wertpapiere und Juwelen in Höhe von 200 000 Frank. —

Dünkirchen, 21. September. (Eig. Drahtber.) Als das 110. Infanterie-Regiment aus dem Manöver nach hier zurückkehrte, empfing der Oberst das Regiment mit folgenden Worten: „Ich habe mich über Reservisten zu beklagen, welche sich mit Beschwerden über ihre Vorgesetzten an das Kriegsministerium gewandt haben. Ich erkläre dieselben für Feiglinge!" Bei diesen Worten brach eine sozialistische Gruppe, welche in der Nähe stand, in die Rufe aus: „Nieder mit der Armee!" Die Sozialisten begleiteten die Fahnenkompanie bis zur Wohnung des Obersten, fortwährend rufend: „Es lebe die soziale Republik!" —

Aix-le-Bains, 21. September. (Eig. Drahtber.) Die ermordete Halbweltdame nannte sich Madame Fougere. Mehrere Personen, die des Mordes verdächtig, wurden verhaftet. —

Lange & Münzer

51a Breiteweg 51a

Modellhut-Ausstellung

Pariser, Wiener und engl. Originale und Kopien in allen Preislagen

Polenmützen à 13, 28, 60, 75 Pf. etc.

Jockeymützen à 45, 48, 65, 75 Pf. etc.

Matrosenmützen à 60, 68, 75, 85 Pf. etc.

Kieler Matrosenmützen à 1.25, 1.50, 2.00 Mk. etc.

Fermersleben Radfahrer, welche gewillt sind, einem Radfahrer-Verein beizutreten, werden gebeten, sich am **Salbke** Mittwoch, den 23. Sept., ab. 8 Uhr, in Stillers Lokal in Fermersleben zu einer Besprechung einzufinden. **Westerhüsen**

Zigarren u. Zigaretten

en gros **en detail**

681 Reichhaltiges Lager in

Importen, Hamburger u. Bremer Zigarren.

Spezialität: Zigaretten der Georg A. Jasmatzi A.-G., Dresden
mit wertvollen Coupons.

An Wiederverkäufer Jasmatzi-Zigaretten zu Original-Fabrikpreisen.

Paul Eulenstein

Breiteweg 127, gegenüber der Katharinenkirche.

Magdeburger Strumpfwaren-Fabrik

Huldreich Schmidt

Ecke Ratswageplatz **68 Breiteweg 68** Ecke Ratswageplatz

Café Hohenzollern gegenüber — Fernsprecher 3897 491

Strumpfwaren Strickgarne Trikotagen

Wenig gebrauchte 404 Nähmaschinen zum Preise von 35 bis 60 Mk. sind stets vorrätig. Neue Nähmaschinen aller Systeme unter Garantie in billigster Preislage.
A. Rose, Breiteweg 264.
Gewissenhafte Ausführung von Reparaturen.

Leder-Ausschnitt

sowie Leisten und Schuhmacher-Bedarfsartikel kaufen Sie am besten und billigsten bei 404

Meyer Michaelis, Gr. Marktstraße 8.
— Gegründet 1864 —

Altes
Papier, Messing, Zink, Blei, Eisen und Lumpen kauft 257
Rotekrebsstr. 12, p.

Soeben erschienen:

Festschrift
zum Parteitag in Dresden
— Preis 30 Pfennig. —

Das große Mißverständnis
— Preis 20 Pfennig. —

Buchhandlung Volksstimme.

Leihhaus M. Korn
Franziskanerstr. 3a
Von Montag abend 6 Uhr bis Mittwoch abend 6½ Uhr geschlossen.
721

Zum ersten Male während der Messe auf dem Domplatz.

Feys Electro-Biograph

Dies übertrifft alles bisher dagewesene.

Tausende der neuesten Tableaus
gelangen zur Vorführung.

Grosse Neuheit für hier:
Lebel-Aufnahme der Magdeburger Feuerwehr in voller Tätigkeit. Alarm, Ausrücken und Durchfahrt durch die Brandenburger-, Wilhelm- und Kaiserstraße zum Stadttheater, sowie Angriff des markierten Brandes am Theater. 713

Schuhwaren!
Billig! Billig!
Herren- u. Damenstiefel, Stiefeletten, Turn-, Strand- u. Kinderschuhe, Pantoffeln, auch auf Teilzahlung kaufen Waren
Zur Neustadt, Schmidtstr. 44.

Fahrräder
Höchste Beleihung
Leihhaus
Apfelstr. 16, I.
Bester Aufbewahrungsort in eigens dazu hergerichteten Räumen. 144

Zirkus Drexler, Magdeburg.
Dienstag den 22. September 1903, abends 8 Uhr
Grosser Gala-Nobless-Abend
mit gänzlich neuem Programm. Auftreten des Herrn
Looping the Loop **Herm. Krebs**
als Schleifenfahrer. — Mittwoch den 23. d. M.:
2 brillante Vorstellungen
nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr.
In beiden Vorstellungen Auftreten des Hrn. **Herm. Krebs**
Looping the Loop.
Hochachtungsvoll
2981 **W. Drexler,** Direktor und alleiniger Eigentümer.

Zur Messe

empfehle meine 281

Zuckerwaren
in bekannter Güte.

ff. Nauten, täglich frisch.
Hochachtungsvoll
Wilh. Schubert
Magdeburg-N.

Mein Stand befindet sich 4. Budenreihe!
Zu erkennen an der Firma.

Domplatz, an der Regierungsstraße.

Hartkopfs Kinematograph
Freitag den 25. September 1903, abends 8 Uhr:

Die Passionsspiele.
Erhöhte Preise: 60, 40, 30 Pfg. 279

Ortskrankenkasse der Zimmerleute
in Halberstadt.

General-Versammlung
am Montag den 28. September 1903, abends 8 Uhr, im Kähnschen Lokale.

Tages-Ordnung: Fassung der neuen Statuten.

720 **Der Vorstand.**

Gewerkschafts-Sekretariat Magdeburg.
Große Münzstraße 1a.

Kostenlose Auskunft nur an Wochentagen mittags von 12—1, abends von 5—7 Uhr
an organisierte Arbeiter in gewerblichen Streitigkeiten, Alters-, Invaliden-, Unfall- und Krankenversicherung, Gewerbeaufsicht, Vereins- und Versammlungsrecht sowie Arbeiterschutz. Vermittlung von Beschwerden an den Gewerbe-Inspektor. — Verbandsbuch legitimiert.

Städtische Arbeitsnachweisstelle
Magdeburg

Kostenlose Vermittelung von männlichen und weiblichen Arbeitskräften, sowie feinerem Personal **nach hier und auswärts.**

Fernsprechanschluß: Rathaus Nr. 2150—2155.

Geöffnet:
Männliche Abteilung: 8—12 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm.
Weibliche „ 10—1 „ „ „ 4—7 „ „
Männliche Abteilung: Faßlochsberg 13, Hof rechts.
Weibliche Abteilung: Bei der Hauptwache Nr. 5.

Maurer werden gesucht
Umfassungsstraße 24.

Ein Dachdecker sowie ein Arbeitsbursche
wird gesucht
Oswald Sauerhering
712 Olvenstedt.

Dorfschmiede 710
6 Jahr in einem Besitz, anderweitig zu verpachten. Miete 300 Mk. Zur Uebernahme 5—700 Mk. erforderlich, passend für Anfänger. Offert. unter **A. B. 710** an die Exped. d. Bl.

694 **Billiger** wie **Ausverkauf!**
Haltbare Ware! Kein Schund!
Schnürstiefel . . . . . . **Knopfstiefel**

22/24	25/26	27/30	31/35
2.00	2.50	3.00	3.50

Buckau nur Ecke Gärtnerstraße.

Günstige Gelegenheit für Radfahrer!
Laufmäntel . . . v. 4.50 Mk. an
Luftschläuche . . v. 3.00 „ „
Ketten . . . . . v. 1.50 „ „
Pedale . . . . v. 2.50 „ „
Acetylen-Laternen v. 2.50 „ „
Oel-Laternen . . v. 1.00 „ „
Gebr. Fahrräder . v. 15.00 „ „
L. Nieber 609
Gr. Münzstraße 9.

1 sehr schöne vollst. Wirtschafts-Einrichtung, Stube, Kammer u. Küche, m. eleg. Sofa u. 2 f. sch. Betst. m. dauerh. Matr., um zu räumen f. nur 275 M. z. verk., a. im einz. f. billig Jakobstr. 35 II.

Kanarienweibchen werden fortwährend gekauft **A. Plischka,** Margaretenstraße 2, I. 260

Zöpfe empfiehlt u. fertigt an 170
O. Domnick, N., Ritterstraße 1b.

Nähmaschine, gut näh., für 15 M. zu verk. Bahnhofstraße 54, part. r.

Pr. Soling. Stahlwaren
Bestecke 490
Taschenmesser usw.
empfiehlt billigst
Bernh. Brehmer
Sudenburg, „Eiskeller".

Küchenzettel der Magdeburger Volksküche Hauptwache 5.
Dienstag: Weiße Bohnen mit Rindfleisch.
Mittwoch: Mohrrüben mit Schweinefleisch.
Donnerstag: Erbsen mit Rippenspeck.
Freitag: Kartoffelbrei mit Leber.

Pfand-Versteigerung.

Am Mittwoch den 23. September d. J., nachmittags von 2 Uhr ab, sollen in meinem Geschäftslokale

Magdbg.-Neustadt
Neuhaldenslebenerstr. 44

alle die in den Monaten **November, Dezember 1902 und Januar 1903 verpfändeten bezw. erneuerten sub Nr. 17357 bis 19607 meines Pfandbuches verzeichneten Gegenstände öffentlich meistbietend durch den Auktionator Herrn Biesenthal versteigert werden.**

692 **B. Schmidt.**

Einz. Z. z. v. Neuhaldenslebenerstr. 9.

Walhalla
Jeden Abend
Große Spezialitäten-Vorstellung. 474

Stadt-Theater.
Dienstag den 22. September 1903.
Der Postillon von Lonjumeau.
Hierauf:
Cavalleria rusticana.

Freie Relig.-Gesellschaft

Vortrag 711
des Predigers der deutsch-katholischen (freireligiösen) Gemeinde in Wiesbaden, Herrn **G. Welker,** am Donnerstag den 24. Septbr., abds. 8¼ Uhr, im Gemeindehause, Marstallstraße 1. Thema: „Die Religion muß dem Volke erhalten werden."
Zutritt jedermann gestattet.

Verband der Graveure und Ziseleure.
Die Beerdigung unsres Kollegen **K. Lenze** findet Dienstag nachmittag ½4 Uhr von der Leichenhalle des Westfriedhofs aus statt.
280 **Die Ortsverwaltung.**

Standesamt.

Magdeburg, 19. September.

Aufgebote: Oberkellner Hermann Gräfe in Bleckendorf mit Hedwig Freund hier. Restaurateur Wilhelm Karl Otto Hanisch in Brandenburg mit Maria Anna Elisabeth Dammann hier. Fleischermeister Friedrich Otto Hornickel in Hoym mit Johanne Auguste Ganzer hier. Postbote Friedrich Wilhelm Wustrau hier mit Marie Emilie Wolff in Athensleben. Gärtner Gustav Schernickau mit Therese Wolf. Postarb. Friedrich Heise mit Anna Kallmeyer. Buchh. Karl Adolf Ylchmann hier mit Frida Dora Sophie Fritsch in Hoheneggelsen.

Eheschließungen: Abt.-Chef-Stellvertr. Albert Geßner mit Ella Tägtmeyer. Schlosser Friedrich Schilling mit Emma Elbe. Fleischer Rudolf Zehle mit Alma Schönfuß. Maschinenputzer Wilhelm Anhelm mit Selma Finke. Kaufmann Otto Vetterling mit Anna Rettig. Reg.-Ziv.-Supernum. Karl Karsten mit Margarete Germer.

Geburten: Kurt, S. des Kellners Karl Kühle. Paul, S. des Schlossers Paul Burkämper. Helene, T. des Arbeiters Friedrich Berger. Fritz, S. des Bäckermeisters Friedrich Schulze. Hildegard, T. des Rechtsanwalts Max Nebes. Bertold, S. des Prokuristen Paul Böttger. Alfred, S. des Schiffers Hermann Bohndorff. Anneliese, T. des Architekten Rudolf Rogalski. Gertrud, T. des Fleischers Richard Gramolle. Kurt, S. des Friseurs Karl Heinemann. Ilse, T. des Kaufmanns Emil Däbritz.

Totgeburt: T. des Metallschleifers Albert Knöfler.

Todesfälle: Gertrud, T. des Eisenbohrers Otto Hübner, 8 M. 29 T. Artur, S. des Malers Hugo Kerwien, 9 M. 14 T. Editha, T. des Eisenb.-Betr.-Sekr. a. D. Albert Busche, 10 J. 5 M. 2 T. Johann Tewaag, Handlungsgehilfe, 37 J. 2 M. 5 T. Emma geb. Schulz, Ehefrau des Arbeiters Wilhelm Gräffner, 41 J. 8 M. 15 J. Gustav Marwitz, Tischlergeselle, 60 J. 7 M. 19 T.

Buckau, 19. September.

Aufgebote: Former Wilhelm Schulz mit Berta Rother in Neustadt. Gärtner Karl Meyer mit Martha Pahlisch in Magdeburg.

Eheschließung: Buchh. Otto Nitschke mit Anna Rühlemann.

Neustadt, 19. September.

Aufgebote: Arbeiter Friedrich Wilhelm August Hille mit Hermine Jordan. Schlosser Friedrich Karl Michaelis mit Emma Mathilde Dorothee Sonderhoff.

Geburten: Bruno Fritz Otto, unehel. Margarete Elisabeth, unehel. Hermann, S. des Schmieds Herm. Mühlpforte. Elfriede, T. des Hilfsbremsers Friedrich Thielecke. Charlotte, T. des Lagerhalters Richard Eisfeld.

Todesfall: Erich Herbert, unehel., 1 M. 14.

Cracau.

Aufgebote: Schmiedemeister Friedrich Wesarg in Magdeburg-Friedrichstadt mit Helene Schmidt hier. Schlosser Gustav Kuhlmey mit Minna Mackeldey. Arbeiter Paul Heinecke hier mit Lucie Knie in Magdeburg-Neustadt. Arbeiter Robert Schäfer mit Emma Mex.

Geburten: Adolf Bernhard, S. des Arbeiters Heinrich Northe. Frida Anna, T. des Schuhmachers Hermann Raasch.

Todesfälle: Erna Anna, T. des Arbeiters Franz Mohr, 1 J. 10 M. 1 T. Kaufmannslehrling Erich Otto in Prester, 17 J. 8 M. 27 T.

Burg, 19. September.

Eheschließungen: Vergold. Karl Emil Fröhlich mit Witwe Umlauft, Marie Friederike Luise geb. Oelschläger. Tischler Wilhelm August Karl Wiesener mit Berta Auguste Luise Gienich geb. Streckert. Drechsler August Hermann Gebel mit Anna Chemnitz.

Geburten: S. des Arbeiters Hermann Winkler. T. des Arbeiters Gustav Schüler in Obergütter. T. des Schuhmachers Karl Dietz. T. des Ackerbürgers August Bittkow.